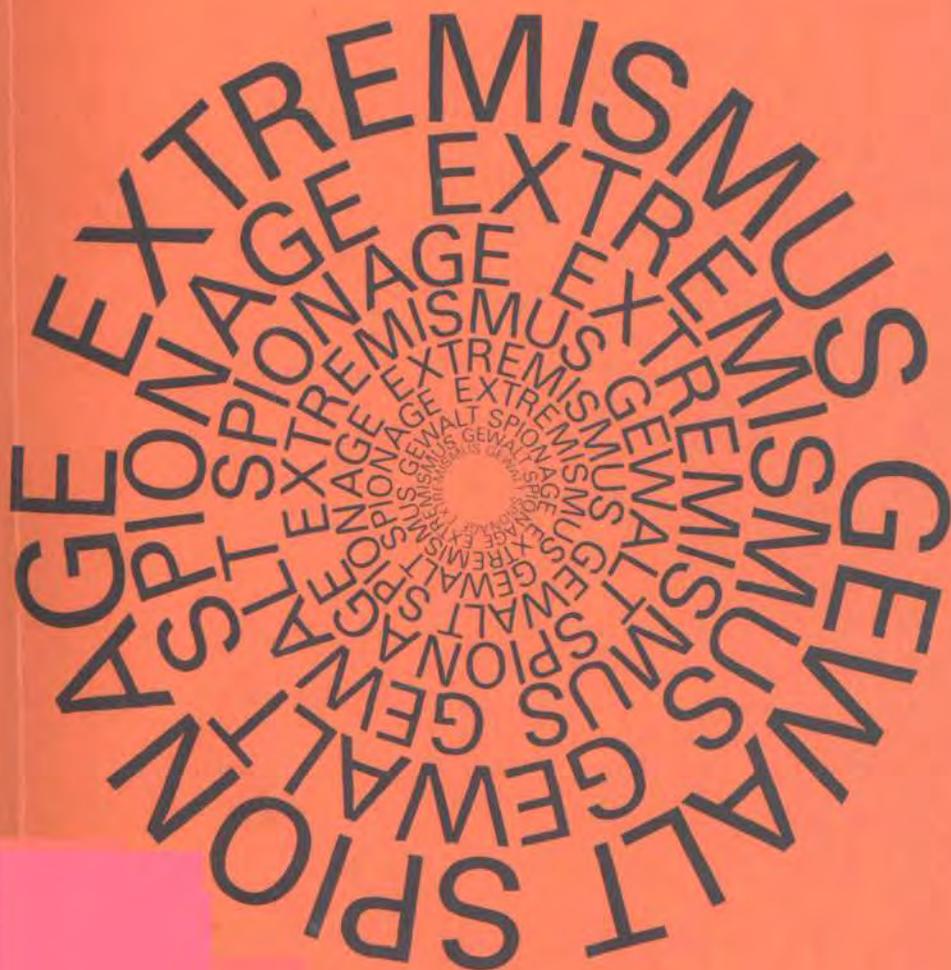




Schriftenreihe
der Landesregierung
Schleswig-Holstein

Verfassungsschutz in Schleswig- Holstein 1979



Herausgeber:
Der Innenminister des Landes
Schleswig-Holstein in Zusammen-
arbeit mit dem Leiter der Presse-
und Informationsstelle der Landes-
regierung

Schriften des Innenministers
Heft 20/1980

Gestaltung: Nach einer Vorlage von
i.de, Büro für Gestaltung, Stampe

Herstellung:
Lübecker Nachrichten

Zum Geleit

Das Wirken von Bund und Ländern zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes ist unter der verpflichtenden Bezeichnung »Verfassungsschutz« in Artikel 73 Nr. 10 des Grundgesetzes ausdrücklich genannt. Diese verfassungsrechtliche Grundlage macht deutlich, daß die Verfassungsschutzbehörden bei Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht am Rande der Legalität, sondern auf gesicherter rechtsstaatlicher Grundlage tätig werden. Ihre Tätigkeit dient unser aller Freiheit und vollzieht sich in klaren rechtsstaatlichen Grenzen. Sie sind auf die Beobachtung verfassungsfeindlicher und sicherheitsgefährdender Bestrebungen beschränkt und haben keinerlei polizeiliche Zwangsbefugnisse. Das entzieht unsere Verfassungsschutzbehörden jedem Vergleich mit Nachrichtendiensten undemokratischer totalitärer Staaten aller Art.

Es ist inzwischen gute Übung, daß die schleswig-holsteinische Landesregierung – ebenso wie die Bundesregierung und einige andere Landesregierungen – alljährlich in einem Verfassungsschutzbericht über die Arbeitsergebnisse des Verfassungsschutzes berichtet.

Die Landesregierung begrüßt es, daß mit diesen Berichten unsere Bürger auf alle Bestrebungen, unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu bekämpfen und zu beseitigen, rechtzeitig aufmerksam gemacht werden können. Der Schutz unserer freiheitlichen Ordnung ist nicht allein Aufgabe der dafür vorgesehenen staatlichen Einrichtungen, sondern vor allem ist er eine demokratische Verpflichtung aller Bürger.

Der Verfassungsschutzbericht ist auch geeignet, das Verständnis für die Arbeit der Mitarbeiter unserer Verfassungsschutzbehörden zu fördern. Diese verdienen unser Vertrauen und unseren Dank, den ich ihnen an dieser Stelle im Namen aller Mitbürger noch einmal ausdrücklich ausspreche.



Dr. Uwe Barschel
Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein

	Seite	1	Zum Geleit
	Seite	6–8	Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein
A	Seite	9–17	Rechtsextremistische Bestrebungen in Schleswig-Holstein 1979
		10	1 Die Situation des Rechtsextremismus
		10–12	2 Übersicht in Zahlen
		10–11	a Organisationen und Gruppen
		11–12	b Rechtsextremistisch motivierte Straftaten
		12–14	3 Neonazismus
		12–13	a Wesen, Struktur und Ziele
		13	b Neonazistische Bestrebungen in Schleswig-Holstein
		13	b1 »Bürger- und Bauerninitiative« (BBI)
		13–14	b2 Andere neonazistische Gruppen
		14	b3 Bedeutsame Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Neonazis
		14–16	4 »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD)
		15	a Parteiorganisation
		15–16	b Wahlbeteiligung
		16	5 »National-Freiheitliche Rechte«
		16	a »Deutsche Volksunion« (DVU)
	16	b »Wiking-Jugend« (WJ)	
	17	6 Sonstige rechtsextremistische Vereinigungen »Bund Heimattreuer Jugend« (BHJ)	
B	Seite	19–37	Linksextremistische Betrebungen in Schleswig-Holstein 1979
		20–21	1 Die Situation des Linksextremismus
		21–23	2 Übersicht
		21–22	a Organisationen und Anhänger
		23	b Linksextremistisch motivierte Straftaten
		23–27	3 Orthodoxe Kommunisten
		23–24	a Allgemeines

24–26	b	Die »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP)
26–27	c	Nebenorganisationen der DKP
26	c1	»Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ)
26–27	c2	»Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation« (JP)
27	d	DKP-beeinflußte Organisationen
27–35	4	»Neue Linke«
27–29	a	»Kommunistischer Bund Westdeutschland« (KBW)
29–31	b	»Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten« (KPD/ML)
31	c	»Kommunistische Partei Deutschlands« (KPD)
31–32	d	»Kommunistischer Bund« (KB)
32–35	e	Die »Neue Linke« und der Kampf gegen Errichtung und Betrieb von Kernkraftanlagen in der Bundesrepublik Deutschland
35–36	5	Die Situation linksextremistischer Gruppen an den Hochschulen in Schleswig-Holstein
36–37	6	Der Terrorismus und sein Umfeld

C

Seite 39–44		Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern in Schleswig-Holstein 1979
40	1	Ausländer in Schleswig-Holstein (Zahlenübersicht)
40	2	Internationaler Terrorismus
40	a	Araber/Palästinenser
40	b	Exiljugoslawen
40–44	3	Politischer Ausländer-Extremismus
41–42	a	Türken
41	a1	Türkische Linksextremisten
41–42	a2	Türkische Rechtsextremisten
42–43	b	Iraner
43	c	Araber/Palästinenser
43–44	d	Afghaner
44	e	Sonstige Nationalitäten

D

Seite 45–49	Spionageabwehr in Schleswig-Holstein 1979
46	1 Allgemeines
46–48	2 Ostblockspionage in Schleswig-Holstein
46	a Umfang und Zielrichtung
46–47	b Werbungs- und Führungsmethoden
47–48	c Einzelfälle
47	c1 Einzelfall
47–48	c2 Einzelfall
48	3 Die Tätigkeit der Grenzkontrollorgane des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR
49	4 Schwerpunkt Wirtschaftsspionage
49	5 Straffreiheit bei Offenbarung

**Gesetz
über den Verfassungsschutz im
Land Schleswig-Holstein
in der Fassung vom 14. Juni 1979**

**Abschnitt I
Gesetzliche Grundlagen des
Verfassungsschutzes**

**§ 1
Zuständigkeit**

(1) Die Aufgaben des Verfassungsschutzes werden ausschließlich von der Verfassungsschutzbehörde wahrgenommen. Verfassungsschutzbehörde ist der Innenminister. Er unterhält für diese Aufgaben eine besondere Abteilung.

(2) Die Zuständigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz bleibt unberührt.

(3) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur im Einvernehmen mit dem Innenminister tätig werden.

**§ 2
Aufgaben des Verfassungsschutzes**

(1) Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1.
Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

2.
sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,

3.
Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Ferner wirkt die Verfassungsschutzbehörde mit

1.
bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,

2.
bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,

3.
bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(3) Die Verfassungsschutzbehörde berät die Dienstbehörden bei Entschei-

dungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 des Landesbeamtengesetzes und entsprechenden tarifrechtlichen Regelungen.

§ 3 Befugnisse und Zusammenarbeit mit anderen Stellen

(1) Bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne des § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes, ist die Verfassungsschutzbehörde berechtigt, zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben die nach pflichtmäßigem Ermessen notwendigen Maßnahmen zu treffen und dabei nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen der Verfassungsschutzbehörde nicht zu. Sie darf einer polizeilichen Behörde oder Dienststelle nicht angegliedert werden.

(2) Die Verfassungsschutzbehörde kann über alle Angelegenheiten, deren Aufklärung sie zur Durchführung ihrer Aufgaben für erforderlich hält, von allen Behörden des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und den sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts Auskünfte und die Übermittlung von Unterlagen verlangen.

(3) Alle Behörden des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde auch unaufgefordert alle Auskünfte, Nachrichten und sonstige Unterlagen über Bestrebungen zu vermitteln, welche die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 erfüllen.

(4) Die Gerichte und Behörden des Landes und die Verfassungsschutzbehörde leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

(5) Die Verfassungsschutzbehörde kann die ihr zugänglichen personenbezogenen Daten auch an andere als staat-

liche Stellen weitergeben, soweit dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder erforderlich ist.

§ 4 Bedienstete

Mit Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde darf nur betraut werden, wer nach seiner Persönlichkeit und nach seinem Verhalten die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die Sicherung und Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eintritt. Zum Leiter der Abteilung für Verfassungsschutz darf nur berufen werden, wer die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richterergesetz besitzt.

§ 5 Durchführung

Die Landesregierung kann die zur Durchführung dieses Abschnitts erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen.

Abschnitt II Parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes

§ 6

(1) In Angelegenheiten des Verfassungsschutzes des Landes unterliegt die Landesregierung der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission.

(2) Die Rechte des Landtags und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

§ 7

(1) Die Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehör-

de und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. Die Parlamentarische Kontrollkommission hat Anspruch auf entsprechende Unterrichtung.

(2) Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung der Kontrollkommission werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzugangs durch die politische Verantwortung der Landesregierung bestimmt.

(3) Die Kontrolle der Durchführung des Gesetzes zu Artikel 10 des Grundgesetzes bleibt den aufgrund von Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes von der Volksvertretung bestellten Organen und Hilfsorganen vorbehalten.

§ 8

Die politische Verantwortung der Landesregierung für die Wahrnehmung der Aufgaben des Verfassungsschutzes bleibt unberührt.

§ 9

(1) Der Landtag wählt zu Beginn jeder Wahlperiode die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission aus seiner Mitte.

(2) Er bestimmt die Zahl der Mitglieder, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(3) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint.

(4) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag aus, so verliert es seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Parlamentarischen Kontrollkommission ausscheidet.

§ 10

(1) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim.

Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekanntgeworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(2) Sitzungsunterlagen und Protokolle verbleiben im Gewahrsam der Verfassungsschutzbehörde und können nur dort von den Mitgliedern der Kommission eingesehen werden.

(3) Die Parlamentarische Kontrollkommission tritt mindestens einmal im Vierteljahr zusammen. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung.

(4) Jedes Mitglied kann die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission nach Maßgabe des § 7 Abs. 2 verlangen.

Abschnitt III Inkrafttreten

§ 11

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft*).

*) Die Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes in seiner ursprünglichen Fassung vom 30. Mai 1950 (GVOBl. Schl.-H. S. 223). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungsvorschriften ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsvorschriften.

Rechts-
extremistische
Bestrebungen in
Schleswig-
Holstein 1979

A

Die Situation des Rechtsextremismus

Während die Gesamtzahl der Rechtsextremisten seit drei Jahren nahezu konstant bleibt, wird das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend vom Neonazismus bestimmt.

Bisher hatten vorwiegend ältere Menschen, die zum großen Teil das »Dritte Reich« mitgetragen hatten, dem Rechtsextremismus Form und Inhalt gegeben. Viele von ihnen sind noch heute unverbesserliche, nicht zu überzeugende »alte Kämpfer«, die – mehr oder weniger der heutigen Zeit angepaßt – der Vergangenheit nachtrauern, meist organisiert in sich demokratisch gebenden Parteien und Verbänden.

Heute gehen rechtsextremistische Aktivitäten fast ausschließlich von vorwiegend jüngeren Neonazis aus, die die Nazizeit nur aus Erzählungen kennen, sich an nationalsozialistischen Schlagworten berauschen und bewußt provokativ an die Öffentlichkeit treten. Rechtsextremisten alter Prägung agieren – wenn überhaupt – nur noch zurückhaltend und kraftlos, sind durch die Wahlergebnisse der NPD deprimiert und überdies untereinander zerstritten.

Die Neonazis konnten ihre Anhängerschaft vergrößern und neue Gruppen bilden. Ein Teil von ihnen bejaht gewaltsame, zum Teil terroristische Aktionen; wie die Erfahrung gezeigt hat, sind sie oft zu schnellem Handeln bereit und befähigt. Die »nationaldemokratischen« und »national-freiheitlichen« rechtsextremistischen Organisationen verloren nicht zuletzt durch natürlichen Altersabgang einen erheblichen Teil ihrer Anhängerschaft.

Trotz aller Aggressivität gefährdet auch der Neonazismus unseren demo-

kratischen Rechtsstaat nicht. Frühzeitiges Eingreifen der Sicherheitsbehörden, längere Untersuchungshaft und zum Teil hohe Freiheitsstrafen führten zu einer erheblichen Verunsicherung, insbesondere, nachdem einige »Führerpersönlichkeiten« davon betroffen wurden.

In Schleswig-Holstein ist die jüngste Entwicklung der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD) für die gegenwärtige Situation des »nationaldemokratischen« und »national-freiheitlichen« Lagers des Rechtsextremismus kennzeichnend. Diese Partei verlor auch im vergangenen Jahr zahlreiche Mitglieder. Bezeichnend ist, daß sie bei der Landtagswahl im April 1979 nicht einmal mehr in allen Wahlkreisen Kandidaten aufstellen und nur noch insgesamt 0,18 % aller Stimmen auf sich vereinigen konnte. Ihre Jugendorganisation, der Landesverband der »Jungen Nationaldemokraten« (JN), besteht faktisch nicht mehr.

Die in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren aufgetretenen gewalttätigen neonazistischen Gruppen scheinen sich infolge des frühzeitigen und energischen Eingreifens der Sicherheitsbehörden aufgelöst zu haben.

Die neonazistische »Bürger- und Bauerninitiative« (BBI) des Thies CHRISTOPHERSEN zeigt sich dagegen nach wie vor stabil.

Die Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten – meist Hakenkreuzschmierereien und -klebereien – ist erheblich zurückgegangen.

Übersicht in Zahlen

a Organisationen und Gruppen

Ende 1979 bestanden in der Bundesrepublik Deutschland 69 rechtsextremistische Organisationen und Gruppen

mit 21.300 Mitgliedern. Wegen Mehrfachmitgliedschaften muß die Zahl der Personen, die Mitglieder in rechtsextremistischen Organisationen sind, auf 17.300 reduziert werden. In Schleswig-Holstein wurden 13 Organisationen mit 740 Mitgliedern festgestellt; nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften wurden ca. 690 bis 700 Rechtsextremisten gezählt. Damit verringerte sich ihre Zahl 1979 gegenüber dem Vorjahr im Bundesgebiet um 1,7 %, in Schleswig-Holstein um 11,5 %.

b Rechtsextremistisch motivierte Straftaten

1979 wurden 5 Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts vollendeter bzw. versuchter schwerer Gewalttaten, u. a. Sprengstoffanschläge, eingeleitet, von denen mittlerweile 2 eingestellt worden sind. 3 Ermittlungsverfahren befaßten

sich mit der Verbreitung von Propagandamitteln verfassungsfeindlicher Organisationen und der Verunglimpfung des Staates; in einem Falle erfolgte bisher eine Anklage.

Die Anzahl von Hakenkreuzschmierereien und -klebereien ging dagegen um ca. $\frac{1}{3}$ gegenüber dem Vorjahr zurück. Der zahlenmäßige Schwerpunkt lag 1978 im Raum Eiderstedt. Nachdem im März 1979 im Norden und Westen Schleswig-Holsteins mehrere Rechtsextremisten zeitweilig in Untersuchungshaft kamen, unterblieben in diesem Raum derartige Straftaten. Insgesamt wurden 1979 86 Anzeigen erstattet, von denen sich 64 auf das Anbringen von Hakenkreuzaufklebern und -schmierereien bezogen, 16 auf die Verteilung bzw. Versendung von neonazistischen Schriften, 5 auf antisemitische Beleidigungen und Schmähungen und eine auf Schändung eines jüdi-

	1977				1978				1979			
	Bund		Land		Bund		Land		Bund		Land	
	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.
»Nationaldemokratische Organisationen«	5	10.600	2	650	5	10.100	2	525	6	9.500	2	430
Neonazistische Gruppen	17	900	3	120	24	1.000	4	125	23	1.400	3	145
»National-Freiheitliche« Organisationen	7	5.400	4	90	7	5.600	4	110	6	6.400	4	90
Gruppen der »Neuen Rechten«	9	200	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Vereinigungen	45	5.200	13	190	40	5.400	6	120	34	4.000	4	75
	83	22.300	22	1.050	76	22.100	16	880	69	21.300	13	740
Abzug für Mehrfachmitgliedschaften		4.500		ca. 200		4.500		100		4.000		50
		17.800		850		17.600		780		17.300		690

schen Friedhofes. In 17 Fällen konnten die Täter ermittelt werden; 6 erhielten eine Geldstrafe. 8 Verfahren wurden eingestellt.

Neonazismus

a

Wesen, Struktur und Ziele

Neonazismus und Neo-Nationalsozialismus ist die Bestrebung, die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland durch ein der NS-Diktatur vergleichbares Staatssystem zu ersetzen. Neonazis mißachten wesentliche Menschenrechte und knüpfen an Gedankengut der früheren NSDAP an; dies kommt insbesondere in einem militanten Rassismus zum Ausdruck. Sie organisieren sich nach dem Führerprinzip.

Angriffsziele und -objekte der Neonazis sind die verfassungsmäßige Ordnung und die Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland, »das Judentum«, die »drohende Überfremdung durch Ausländer« und die Alliierten des Zweiten Weltkrieges, die als »Besatzungsmächte« geschmäht werden. Die Angriffe erfolgen überwiegend propagandistisch, mitunter aber auch gewalttätig. Hierbei wird bewußt auf Provokation und Öffentlichkeitswirkung abgestellt. Versuchen, insoweit das taktische und strategische Verhaltensmuster von linksextremistisch orientierten Terroristen nachzuahmen, ist bislang wenig Erfolg beschieden gewesen. Entsprechende Absichten blieben zumeist im Planungsstadium stecken. Einige der durchgeführten Aktionen dienten darüber hinaus vorerst der Beschaffung von Geld, Waffen und Ausrüstungsgegenständen. Zuweilen müssen sich neue Mitglieder solchen »Bewährungsaufträgen« unterwerfen.

Die neonazistischen Gruppen sind Aktivisten-Zusammenschlüsse ohne feste organisatorische Struktur. Sie stehen und fallen mit dem Vorhandensein einer »Führerpersönlichkeit«. Ihre Mitglieder gehören meist mehreren Gruppen an. 80 % der Mitglieder sind jünger als 45 Jahre. Die Angestellten überwiegen mit etwa 40 %. Rund 20 % sind Arbeiter und weitere 20 % Schüler bzw. Studenten; auffallend ist die hohe Zahl der Arbeitslosen und die geringe Zahl von weiblichen Mitgliedern.

Eine ideologische Durchdringung der eigenen Ziele und Methoden findet kaum statt. Weltanschauliches Gedankengut wird durch die pauschale und schlagwortartige Berufung auf NS-Parolen vermittelt. Die Propagierung der Gewaltanwendung erfolgt ohne rechtfertigende »Gewaltdiskussion«; Gewalt wird rein emotional bejaht. Gemeinsame Sprachregelungen werden durch oft primitiv aufgemachte, meist selbst hergestellte Druckschriften sichergestellt. Ein nicht geringer Teil des zur Verbreitung außerhalb der neonazistischen Gruppen bestimmten Propagandamaterials kommt allerdings aus dem Ausland.

Als bemerkenswert muß herausgestellt werden, daß der Besitz und der Umgang mit Waffen, Sprengstoff, Munition und militärischen Ausrüstungsgegenständen sowie das Tragen von Uniformen und das Zusammensein in einer »Wehrsportgruppe« einigen Jugendlichen die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung und -bestätigung zu liefern scheint.

Überregionale neonazistische Gruppen finanzieren sich weitgehend durch Spenden ihrer Anhänger. Manche Gruppen betreiben gewinnbringende verlegerische und buchhändlerische Geschäfte. Die meisten regionalen Kleingruppen dagegen sind auf die Op-

ferbereitschaft ihrer Mitglieder angewiesen.

b **Neonazistische Bestrebungen in Schleswig-Holstein**

b 1

»Bürger- und Bauerninitiative« (BBI)

Der Agrarjournalist, Verleger und Buchhändler Thies CHRISTOPHERSEN setzte auch 1979 mit Hilfe der von ihm gegründeten »Bürger- und Bauerninitiative« seine neonazistische Agitation fort. In seinem »Kritik-Verlag« erschienen 1979 weitere vier Ausgaben der Zeitschrift »Die Bauernschaft« in einer Auflage von jeweils 5.000 Exemplaren und weitere zwei Schriften. Daneben setzte CHRISTOPHERSEN den Vertrieb rechtsextremistischer Literatur mit einem gewissen Erfolg fort.

Für seine Leserschaft und Kunden veranstaltete CHRISTOPHERSEN 1978 acht Zusammenkünfte in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland, an denen durchweg 60 bis 80 Personen teilnahmen. Im Spätsommer 1979 bereiste CHRISTOPHERSEN Nordamerika, wo er mehrere politisch gleichgesinnte Freunde besuchte und in Los Angeles an einem »Revisio-nisten-Kongreß« teilnahm.

Nach wie vor unterhält CHRISTOPHERSEN enge Kontakte zur »Deutschen Bürgerinitiative« (DBI) des zu einer rechtskräftigen Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilten Rechtsanwalts Manfred ROEDER, der zur Zeit im Ausland untergetaucht ist.

Wegen des Verdachts der Herstellung oder Verbreitung von Propagandamitteln zur Fortsetzung von Bestrebungen ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen fanden 1979 bei CHRISTOPHERSEN wiederholt

Hausdurchsuchungen statt. Mehrere Ermittlungsverfahren sind gegen ihn eingeleitet worden; in zwei Fällen wurde gegen ihn Anklage erhoben.

Im September 1979 wurde CHRISTOPHERSEN aus dem »Verband Deutscher Agrarjournalisten e. V.« ausgeschlossen.

b 2

Andere neonazistische Gruppen

Zu Beginn des Jahres 1979 waren in Schleswig-Holstein im wesentlichen zwei neonazistische Kleingruppen aktiv. Gegen beide Gruppen wurde wegen der Planung bzw. Vorbereitung von Gewalttaten exekutiv vorgegangen. Fast alle Mitglieder wurden in Untersuchungshaft genommen. Die Ermittlungen dauern noch an. Dieses rechtzeitige und energische Eingreifen der Sicherheitsbehörden hat dazu geführt, daß die Aktivitäten dieser neonazistischen Gruppen völlig zum Erliegen gekommen sind. Die im »Bückerburg-Prozeß« und im Strafverfahren »Geplante Sprengung des KBW-Büros« verhängten hohen Freiheitsstrafen taten ein übriges. Soweit derzeit in Schleswig-Holstein – von den publizistischen Tätigkeiten des CHRISTOPHERSEN abgesehen – augenfällige rechtsextremistische Aktivitäten, z. B. Hakenkreuzschmierereien, zu verzeichnen sind, sind sie auf die Initiative einzelner Personen zurückzuführen.

Diese Entwicklung des gewalttätigen Neonazismus in Schleswig-Holstein zeigt, daß Neonazis der jüngeren Jahrgänge sich durchaus noch durch staatliche Exekutivmaßnahmen beeindrucken lassen, soweit sie selbst oder ihre unmittelbaren Freunde davon betroffen sind. Solange eine neue »Führerpersönlichkeit« nicht in Sicht ist, braucht mit einem Zusammen-

schluß der noch aktionsbereiten Neonazis in Schleswig-Holstein nicht gerechnet zu werden.

b 3

Bedeutsame Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Neonazis

Wegen der Teilnahme an einem Überfall auf das niederländische NATO-Lager auf dem Truppenübungsplatz in Bergen-Hohne am 5. 2. 1978 und anderer schwerer Straftaten verurteilte das Oberlandesgericht Celle am 13. 9. 1979 in Bückeburg wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung vier Angeklagte zu acht bis elf Jahren Freiheitsentzug; ein weiterer Angeklagter wurde wegen Mitgliedschaft in dieser kriminellen Vereinigung zu sieben Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Der Hauptangeklagte wurde zu vier Jahren Freiheitsentzug wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verherrlichung von Gewalttaten verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Wegen eines im Mai 1978 geplanten Sprengstoffanschlages auf das Kieler KBW-Büro und eines geplanten Raubüberfalles verurteilte das Oberlandesgericht Schleswig am 18. 9. 1979 drei Angeklagte zu Freiheitsstrafen von vier Wochen bis zwölf Monaten mit Bewährung.

Gegen eine im Westen und Norden des Landes tätig gewordene neonazistische Gruppe wurde wegen des Verdachts verschiedener Straftaten ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der Gruppe wird zur Last gelegt,

- den Sprengstoffanschlag gegen das Gebäude der Anwaltschaft in Flensburg am 2. 9. 1977 begangen,
- den Diebstahl eines kleinen Panzerschrankes der britischen Streitkräfte durchgeführt und andere Gewaltanschläge geplant

sowie

- eine Vielzahl von Hakenkreuzschmierereien verübt zu haben.
- Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

»Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD)

Die 1964 aus der »Deutschen Reichspartei« (DRP) hervorgegangene NPD erkennt in ihrem Parteiprogramm zwar die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland an. In ihren Argumentationen und in dem Verhalten ihrer Mitglieder sind aber Anhaltspunkte erkennbar, daß ihre politischen Ziele in wesentlichen Punkten nicht mit dieser in Übereinstimmung zu bringen sind. Die NPD stellt fortlaufend die Grundprinzipien des parlamentarischen Staates in Frage und entwickelt kollektivistische Vorstellungen, die zur Ablehnung der pluralistischen Gesellschaftsordnung führen.

Die NPD ist weiterhin die mitgliederstärkste Organisation des rechtsextremistischen Lagers, obwohl ihre Bedeutung wegen des durch Überalterung entstehenden ständigen Mitgliederchwundes, der Führungsschwäche des Vorstandes und der fehlenden Resonanz in der Bevölkerung von Jahr zu Jahr zurückgeht. Bei den Vorstandswahlen auf dem Bundesparteitag am 8./9. Dezember 1979 konnte sich der bisherige Parteivorsitzende, Rechtsanwalt Martin MUSSGNUG, Tuttlingen, als Vertreter der national-konservativen Kräfte in der Partei durchsetzen. In einer Kampfabstimmung unterlag der frühere JN-Vorsitzende, Oberstudienrat Günter DECKERT, Weinheim/Bergstraße, als Kandidat der überwiegend

jüngeren Mitglieder, die einen radikaleren Kurs steuern wollten.

a **Parteiorganisation**

Der seit vielen Jahren zu beobachtende Rückgang der Mitgliederzahlen hat sich auch 1979 fortgesetzt. Im Bundesgebiet sank die Zahl von 8.500 im Jahre 1978 auf 8.000 (Verlust = 5,9%) und im Landesverband Schleswig-Holstein von 500 auf ca. 420 (Verlust = ca. 16%). Seit dem Höchststand von ca. 1.850 Mitgliedern im Jahre 1967 hat die NPD in Schleswig-Holstein bisher um etwa 77% abgenommen. Von den 13 Kreisverbänden in Schleswig-Holstein ist nur noch der Kreisverband Steinburg arbeitsfähig. Die Kreisverbände Schleswig und Flensburg wollen sich im Frühjahr 1980 zusammenschließen, da beide allein nicht mehr lebensfähig sind. Die noch vorhandenen Mitglieder des ehemaligen Kreisverbandes Lauenburg werden seit Jahren vom Kreisverband Ostholstein mitbetreut, die des Kreisverbandes Neumünster vom Kreisverband Plön.

Die Aktivitäten der Partei im Lande sind äußerst gering. Es fanden nur zwei landesweite Veranstaltungen statt, und zwar der Landesparteitag im Oktober und eine Landesversammlung im November in Itzehoe, auf der der Bundesparteivorsitzende MUSSGUG sprach. Die Mitgliederversammlungen in den Kreisverbänden werden in großen zeitlichen Abständen mit jeweils wenigen Teilnehmern durchgeführt. Nur etwa jedes vierte Mitglied beteiligte sich an Parteiveranstaltungen; von wenigen gehen noch Impulse aus, die den Landesverband am Leben erhalten.

Das »Mitteilungsblatt des Landesverbandes Schleswig-Holstein der

NPD« zur Unterrichtung der Mitglieder über das Verbandsleben ist 1979 zweimal erschienen. Die Auflagenhöhe entspricht der Mitgliederzahl. Das Parteiorgan »Deutsche Stimme« erscheint monatlich im Bundesgebiet in einer Auflage von 100.000 Stück.

Die finanzielle Lage des Landesverbandes ist weiterhin äußerst angespannt. Mit dem Mitgliederrückgang sinkt auch das Beitragsaufkommen. Viele Mitglieder sind mit ihren Beitragszahlungen im Rückstand. Daneben muß der Verband die für den Wahlkampf 1971 erhaltenen Wahlkampf-kostenvorauszahlungen mit jeweils 500,- DM monatlich an das Land zurückerzahlen; z. Z. stehen noch ca. 84.000,- DM aus. Die Einnahmen reichen gerade, um die laufenden Ausgaben zu decken.

Der Landesverband Schleswig-Holstein der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) besteht faktisch nicht mehr, nachdem der Landesvorsitzende im Frühjahr 1979 zurückgetreten ist. Ein neuer Landesvorstand wurde nicht gewählt. Die in Schleswig-Holstein noch vorhandenen etwa zehn JN-Mitglieder wohnen verstreut im Lande. Sie treffen sich nur unregelmäßig in kleinen Gruppen. Politische Aktivitäten gehen von ihnen nicht aus.

b **Wahlbeteiligung**

Bei der Landtagswahl am 29. April 1979 trat die NPD in 32 von 44 Wahlkreisen an und erhielt 2.825 Stimmen (0,18%). Bei den früheren Landtagswahlen hatte ihr Stimmenanteil

1967 = 5,8 %

1971 = 1,3 %

1975 = 0,5 %

betragen.

In sieben Wahlkreisen war es ihr nicht gelungen, die erforderlichen

Unterschriften beizubringen, in 5 Wahlkreisen, darunter den 4 Kieler Kreisen, wurden Fälschungen in den Unterschriftenlisten festgestellt. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen drei Wahlhelfer aus Nordrhein-Westfalen sind noch nicht abgeschlossen. Als Folge der Ermittlungen kam es im Kreisverband Kiel zu schweren Auseinandersetzungen. Der Kreisvorsitzende wurde vom Landesverband seines Amtes enthoben.

An der Europawahl beteiligte sich die NPD nicht, da sie in dem Zusammenschluß der Europäischen Gemeinschaft ein Hindernis für die Wiedervereinigung Deutschlands sieht.

»National-Freiheitliche Rechte«

Der bekannte Herausgeber rechts-extremistischer Blätter, Dr. Gerhard FREY, München, initiierte 1972 den Zusammenschluß der folgenden Organisationen

- »Deutsche Volkunion« (DVU),
- »Aktion Oder-Neiße« (AKON),
- »Deutscher Block« (DB),
- »Jugendbund Adler« (JBA),
- »Wiking-Jugend« (WJ) und
- »Gemeinschaft Ost- und Sudeten-deutscher Grundeigentümer und Geschädigter« (GOG)

zum »Freiheitlichen Rat«. Dieser fungierte fortan als Koordinierungsinstrument der genannten Organisationen. Der Mitgliederbestand umfaßt ca. 6400 Personen.

In Schleswig-Holstein sind nur die DVU und die WJ von gewisser Bedeutung.

a

»Deutsche Volkunion« (DVU)

Die DVU ist die mitgliederstärkste Organisation im »Freiheitlichen Rat«.

Sie agitiert gegen »das Judentum« und häufig auch gegen den Gedanken der Völkerverständigung. In dem DVU-Organ »Deutscher Anzeiger« (DA) wird als »gemeinsame große Aufgabe« die »Nationalisierung unseres Volkes« bezeichnet.

In Schleswig-Holstein existiert in Lübeck ein Bezirksverband. Wegen der andauernden Führungsschwäche des Vorstandes fielen zahlreiche der in den Vorjahren noch in 14tägigem Rhythmus durchgeführten Mitgliederversammlungen aus. Der Versuch der Gründung eines DVU-Jugendkreises in Lübeck mißlang.

b

»Wiking-Jugend« (WJ)

Die nach dem Führerprinzip organisierte WJ gliedert sich in »Gaeue« und »Horste«; zum Führungskader gehören NPD- und JN-Mitglieder, im norddeutschen Raum auch Mitglieder neonazistischer Gruppen.

Die WJ bekennt sich zum »Reichsgedanken« und zur »völkischen Gemeinschaft«, kämpft gegen »Umerzieher« und leugnet die NS-Verbrechen. Ihr Symbol ist die Odalsrunen. An ihren Fahrten und Zeltlagern, in denen sie auch paramilitärische Ausbildung betreibt, nehmen häufig Angehörige ausländischer rechtsextremistischer Jugendorganisationen teil.

In Schleswig-Holstein entfaltet die WJ gegenwärtig keine Aktivitäten. Im wesentlichen ist dies auf die strafrechtliche Verurteilung zweier Führungspersonen im »Bückeburg-Prozeß« zurückzuführen.

Im Raum Aumühle/Bergedorf tritt zuweilen eine WJ-Gruppe mit vorwiegend in Hamburg wohnenden, der »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« (ANS) zuzurechnenden Mitgliedern auf.

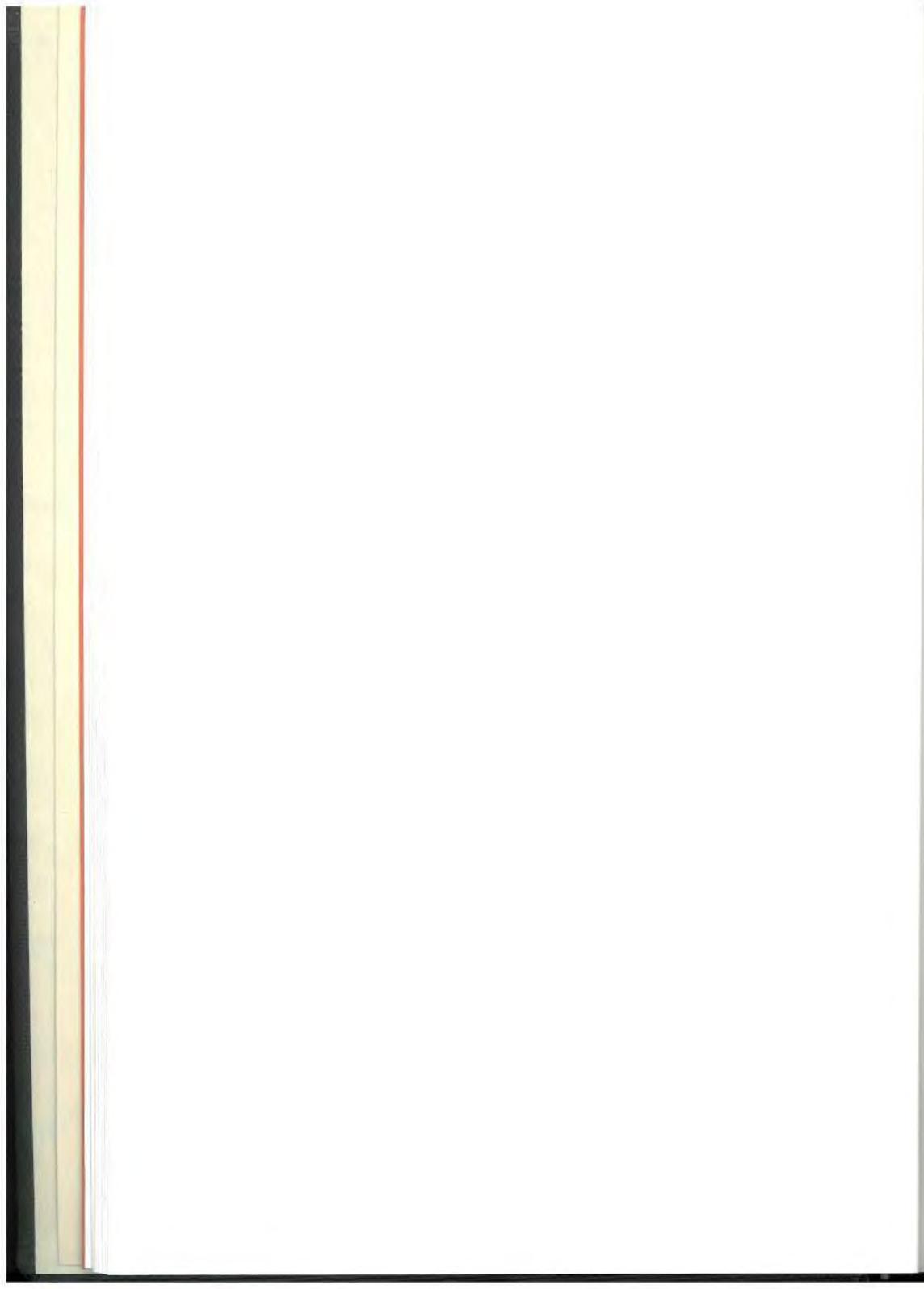
Sonstige rechtsextremistische Vereinigungen

»Bund Heimattreuer Jugend« (BHJ)

Der BHJ ist eine ebenfalls nach dem Führerprinzip ausgerichtete Jugendorganisation. Sie gliedert sich in »Leitstellen«, »Gäue« und »Gruppen«. Die Organisation bekennt sich in »unverbrüchlicher Treue zum Reich aller Deutschen«, lehnt die demokratische Staatsverfassung ab und hält eine radikale Änderung der Staatsform für erstrebenswert.

In Schleswig-Holstein veranstaltete der BHJ außer gelegentlichen Wochenendlagern mit 10 bis 40 Teilnehmern ein Sommerlager in Alt-Bülk mit ca. 80 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet. Organisatorisch betreut wurde diese Veranstaltung vom »Arbeitszentrum Sturmwind«, Kiel, einem 1976 eröffneten und mit dem BHJ organisatorisch verbundenen Buchladen, der »im Dienst einer europäischen Neuordnung« rechtsextremistische Lektüre anbietet. Nach einem Brandschaden wurde der Buchladen Anfang des Jahres 1979 vergrößert und wiedereröffnet. Der Inhaber änderte, nachdem das Registergericht Kiel die bisherige Ladenbezeichnung »Buchladen Sturmwind« für unzulässig erklärt hatte, diese in »Arbeitszentrum Sturmwind für Umwelt- und Nationalpolitik«.

In Lübeck hat sich Mitte des Jahres 1979 eine BHJ-Gruppe gebildet, die zunächst mehrere Versammlungen durchführte. Ende des Jahres waren keine Aktivitäten mehr festzustellen.



Links-
extremistische
Bestrebungen in
Schleswig-Holstein
1979

B

Die Situation des Linksextremismus

Nach wie vor stellt der Linksextremismus keine Kraft dar, von der eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ausgeht. Beide Teile des Linksextremismus – orthodoxer Kommunismus wie »Neue Linke« – konnten ihren Einfluß auf das politische Denken und Handeln der Bürger nicht verstärken. Im Gegenteil – von revolutionären Organisationen wie DKP und K-Gruppen muß Stagnation wie ein Rückschlag empfunden werden. Als bemerkenswertes Ergebnis der Entwicklung des Linksextremismus im Jahr 1979 verdient jedoch festgehalten zu werden, daß sich beide Flügel trotz grundsätzlicher ideologischer und offen ausgetragener Feindschaft in gemeinsamen Gegnerschaften gefunden haben:

1. Die »Stoppt STRAUSS«-Bewegung wird organisatorisch getrennt, aber mit gemeinsamer Zielrichtung konsequent vorangetrieben.
2. Die »Anti-Kernkraft-Bewegung« wird von beiden Flügeln als entscheidender Hebel zur Schwächung der wirtschaftlichen Stärke der Bundesrepublik Deutschland und zur Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für eine Revolution verstanden und unterstützt. Demzufolge wird die Einflußnahme kommunistischer Organisationen auf die neugegründete Partei »Die Grünen« einer sorgfältigen Beobachtung bedürfen.

Durchweg mußten die linksextremistischen Organisationen in Schleswig-Holstein Mitgliederverluste hinnehmen, die zum Teil, wie etwa bei der DKP, erst durch eine Umtauschaktion der Mitgliedsbücher sichtbar wurden.

Dennoch sollte die Ausstrahlungskraft kommunistischer Ideologien auf Teile der Jugend nicht unterschätzt werden.

Einbußen der DKP in der Wählergunst, wie sie bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im April 1979 und der Europa-Wahl im Juni 1979 erkennbar wurden, sollten darüber nicht hinwegtäuschen. Diese nach wie vor unbeirrbar Moskau-hörige Partei stellt für die überschaubare Zukunft wegen ihrer politischen, personellen und ungeschmälert massiven finanziellen Unterstützung durch die DDR einen Faktor im politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland dar, der nicht unterbewertet werden darf. Darüber hinaus ist sie »Transmissionsriemen« einer kommunistisch verstandenen »Politik der Koexistenz« zur Umwälzung freiheitlicher Staatsformen zum Sozialismus Moskauer Prägung. In der Schaffung der Voraussetzungen für einen solchen Entwicklungsprozeß sieht die DKP nach wie vor ihre Hauptaufgabe.

An solchen weitgesteckten Zielen vermögen sich die maoistisch orientierten kommunistischen Organisationen schon lange nicht mehr aufzurichten. Ihre Situation war im Jahre 1979 gekennzeichnet durch Resignation großer Teile der zusammenschrumpfenden Anhängerschaft und – was für das Überleben revolutionärer Organisationen von entscheidender Bedeutung ist – das Ausbleiben von Ereignissen, die Ansätze zu öffentlichkeitswirksamen und die Anhängerschaft motivierenden Aktionen hätten sein können. Die unbestrittene »Krise der Neuen Linken« hat bislang lediglich der KBW relativ gut überstanden. Dagegen wurde in den Publikationsorganen von KPD und KB offen eingestanden, daß die Bemühungen, die »revolutionäre Partei der Arbeiterklasse« aufzubauen, gescheitert seien. Die KPD/ML, die in Schles-

wig-Holstein nach wie vor eine Hochburg hat, versucht gegenüber ihrer Anhängerenschaft diese allgemeine Entwicklung als bloßes »Krisengeschwätz« abzutun. Tatsächlich haben die K-Gruppen bislang noch kein wirksames Rezept zur Beseitigung ihrer existenzbedrohenden Schwierigkeiten gefunden. Der Versuch der KPD/ML, sich selbst durch eine neue Partei »Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden« zu ersetzen, kann nur als Flucht vor der eigenen Unfähigkeit verstanden werden.

KPD und KB, beide – insbesondere in Schleswig-Holstein – am stärksten von der Krise betroffen, ziehen sich zum Teil auf Versuche zurück, in der Umweltschutzbewegung, insbesondere in der Partei »Die Grünen«, Einfluß zu gewinnen. Lediglich der KBW hat es durch Ausbau und Festigung seiner logistischen Basis und unnachsichtige Disziplinierung seiner Mitglieder verstanden, eine Diskussion über die »Krise der Neuen Linken« in seinen eigenen Reihen zu unterdrücken. Nach wie vor kann sich der KBW – jedenfalls in Schleswig-Holstein – als die stärkste Kraft der »Neuen Linken« darstellen.

Unübersehbar ist, daß dieselben Denkprozesse, die die Erosion der organisierten »Neuen Linken« auslösten, eine Stärkung der undogmatischen »Neuen Linken« bewirkten. Kennzeichnend für diesen verfassungsfeindlichen Teil linksextremistischer Bestrebungen ist die Vielfalt der äußeren Erscheinungsformen. Die Zahl der Diskussions- und Aktionszirkel, Leserkreise, Teestubengemeinschaften und anderer loser Gemeinschaften ohne einheitliche ideologische Zielsetzung ist schon unübersehbar. Die Gefährlichkeit mancher dieser Gruppen ergibt sich daraus, daß

sie Gewalt als Mittel zur gesellschaftlichen Umwälzung nicht nur diskutieren und propagieren, sondern zum Teil auch, z. B. bei Anschlägen auf Einrichtungen der Energiewirtschaft, praktizieren.

An den Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein ist die Zahl der Studenten, die aktiv in extremistischen Gruppierungen mitarbeiten, weiter zurückgegangen. Demgegenüber sollte jedoch nicht übersehen werden, daß der Kreis der Studenten, der, ohne selbst extremistisch eingestellt zu sein, extremistische Kandidaten wählt, zugenommen hat.

Auf dem Gebiet des Terrorismus gab es 1979 keine schweren Anschläge. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich ein zahlenmäßig zwar kleiner, jedoch zu allem entschlossener Kern von Terroristen noch in Freiheit befindet. »Revolutionäre Zellen«, die für sich in Anspruch nehmen, die »Bedürfnisse der Massen« zu kennen und für sie zu kämpfen, haben mehrfach Anschläge, vornehmlich gegen Einrichtungen der Energiewirtschaft, verübt; die erhoffte Wirkung in der Öffentlichkeit, insbesondere die angestrebte Solidarisierung mit Teilen der »Linken«, ist jedoch ausgeblieben. In Schleswig-Holstein sind im vergangenen Jahr im Gegensatz zum Vorjahr Anschläge solcher Gruppen ausgeblieben.

Übersicht

a

Organisationen und Anhänger

Im Lager des orthodoxen Kommunismus gab es zum Jahresende 1979 neben den Kernorganisationen DKP und SEW (»Sozialistische Einheitspartei Westberlin«) zwölf Nebenorgani-

sationen. Den Kernorganisationen gehörten rd. 47.000 Mitglieder an, davon entfielen auf die DKP rd. 40.000. Die Nebenorganisationen (»Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend«, »Marxistischer Studentenbund Spartakus« und die »Jungen Pioniere«) zählten über 20.000 Mitglieder, wobei allerdings Doppelmitgliedschaften (z. B. in der DKP) berücksichtigt werden müssen. Die von der DKP beeinflussten Organisationen »Deutsche Friedens-Union«, »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« und die »Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner« zählten etwa 30.000 Mitglieder. Insgesamt gab es 1979 im Bundesgebiet über 40 Organisationen, die als von der DKP beeinflusst angesehen werden können, mit zusammen über 50.000 Mitgliedern.

In Schleswig-Holstein lag die Zahl der Mitglieder und Anhänger orthodox-kommunistischer Kern- und Nebenorganisationen sowie der beeinflussten Organisationen am Jahresende 1979 bei rd. 2.200, wobei ebenfalls noch Mehrfachmitgliedschaften abzuziehen sind.

Bei der »Neuen Linken« gab es im Bundesgebiet Ende 1979 12 Kern- und 19 Nebenorganisationen mit rd. 9.500 Mitgliedern. Die Anhängerzahl der undogmatischen »Neuen Linken« lag bei rd. 4.000. Genaue Feststellungen sind in diesem Bereich wegen der ständigen Fluktuation und fehlender Mitgliedschaftskriterien nicht möglich. In Schleswig-Holstein waren 1979 vier dogmatische Kernorganisationen der »Neuen Linken« mit rd. 400 Mitgliedern zu verzeichnen; weitere 1.000 Personen dürften als Anhänger im weite-

	Organi- sationen	Mitglieder					
		1977		1978		1979	
		Bund	Land	Bund	Land	Bund	Land
Orthodoxer Kommunismus	DKP	42.000	1.400	42.000	1.500	40.000	1.000**
	VVN-BdA	10.000	400	12.000	400	11.700	250
	DFG-VK	19.500	–	14.000	–	14.500	–
	MSB	5.800	60	6.000	80	6.000	80
	SDAJ	15.000	500	15.000	600	15.000	570
	Junge Pioniere	2.500	150	2.500	200	2.500	150
	DFU	2.000	350	2.000	250	2.000	200
		96.800	2.860	93.500	3.030	91.700	2.250***
Neue Linke	KBW	2.500	200	2.300	150	2.400	130
	KPD/ML	800	300	600	280	500	200
	KPD	700	50	550	30	400	30
	KB	1.700	350	1.400	200	600*	80
			5.700	900	4.850	660	3.900

* nach Angaben des KB (»Arbeiterkampf« vom 14. 1. 1980) »über 1.000 Mitglieder«

** Rückgang nach Bestandsbereinigung

*** Mehrfachmitgliedschaften sind gegeben, können aber zahlenmäßig nicht mit der erforderlichen Zuverlässigkeit geschätzt werden

ren Sinne bei gegebenen politischen Anlässen mobilisiert werden können.

b **Linksextremistisch motivierte Straftaten**

1979 wurden in Schleswig-Holstein gegen insgesamt 47 Anhänger des »Kommunistischen Bundes Westdeutschland« 38 gerichtliche Hauptverfahren eröffnet. Bei 11 Personen handelt es sich bereits um das zweite, bei einer Person um das dritte einschlägige Verfahren. Den Angeklagten, die an verschiedenen Aktionen des KBW beteiligt waren, wurden jeweils verschiedene Straftaten zur Last gelegt, beispielsweise verfassungsfeindliche Einwirkungen auf Bundeswehr und Sicherheitsorgane, Hausfriedensbruch, Nötigung, Beleidigung und üble Nachrede. In einigen Ende 1979 abgeschlossenen Verfahren erhielten die Angeklagten Geldstrafen zwischen 1.800 DM und 18.000 DM.

Wegen der Vorwürfe des schweren Landfriedensbruchs und der Rädelführerschaft im November 1976 in Brokdorf standen die Mitglieder der KPD Jens SCHEER, Bremen, und Ulrich LENZE, Hamburg, unter Anklage vor dem Landgericht Itzehoe. Das Verfahren im Mai/Juni 1979 endete mit Freispruch.

Neben diesen bereits vor Gerichten anhängigen bzw. abgeschlossenen Verfahren laufen zahlreiche polizeiliche Ermittlungen gegen Anhänger links-extremistischer Organisationen, so z. B. wegen Sachbeschädigung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz. Dabei ist die Anzahl der polizeilichen Ermittlungsverfahren gegenüber dem Vorjahr erheblich zurückgegangen.

Orthodoxe Kommunisten

a **Allgemeines**

»Endziel der revolutionären Arbeiterbewegung ist die radikale Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens der ganzen Menschheit auf der Grundlage der Prinzipien des Sozialismus . . . Der Weg zum Sieg der Prinzipien des Sozialismus führt über die sozialistische Revolution. Sie kann verschiedenartige Formen annehmen, doch ihr Wesen bleibt stets das gleiche . . . Wie die Erfahrungen aller sozialistischen Revolutionen zeigen, erfolgt die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat in zwei Hauptformen, nämlich der friedlichen und der nichtfriedlichen. Der nichtfriedliche Weg zur Eroberung der Macht setzt die Anwendung des bewaffneten Kampfes . . . voraus.«

Mit diesen unverhüllten Worten hat die »Kommunistische Partei der Sowjetunion« (KPdSU) ihre weltpolitische Zielvorstellung offengelegt. Sie findet sich in dem von der KPdSU autorisierten Lehrbuch »Die kommunistische Weltbewegung – Abriss der Strategie und Taktik« von Prof. W. W. SAGLADIN. Dieses Werk dient auch den orthodoxen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland als richtungweisendes Konzept und Lehrmaterial.

Ein wichtiger Faktor in der weltweiten sowjetischen Strategie und Taktik, die unter dem verschleiernenden Schlagwort der »friedlichen Koexistenz« die Welt Herrschaft anstrebt, sind in der Bundesrepublik Deutschland die orthodoxen Kommunisten. Sie haben die Aufgabe, durch Aktionen und Bündnisse verschiedenster Art kurzfristige Ziele zu erreichen und im Wege des »antimonopolistischen Kampfes« die äußeren Bedingungen zu schaffen, um letztlich die gesellschaftlichen Bedingungen für

eine politische Umwälzung in unserem Land herbeizuführen. Dieser ihr von der KPdSU zugewiesenen und von der SED ideell und materiell geförderten Rolle sind die »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) und ihre Nebenorganisationen mit unerschütterlicher Beharrlichkeit nachgekommen. Die Funktion der orthodoxen Kommunisten in unserem Lande wird oft verkannt; durchweg wird zu Unrecht in den geringen Stimmenanteilen der DKP bei Wahlen ein Beweis für die unterstellte Harmlosigkeit dieser Partei im politischen Leben unseres Landes gesehen.

Nach dem Vorbild von LENIN und den gleichlautenden Anweisungen von SAGLADIN hat die DKP die Aufgabe, eine Massenbasis zu finden und auszubauen. Hierzu dienen ihre Bemühungen um die Schaffung der »Aktionseinheit der Arbeiterklasse«. Schwerpunkt dieses Programms ist die Herstellung von Bündnissen mit demokratischen Kräften, insbesondere mit Gewerkschaften und Sozialdemokraten.

b

Die »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP)

Geeignete Ansatzpunkte für Aktionen-einheiten und Bündnisse sind nach Auffassung der DKP gegenwärtig in erster Linie

- Abrüstung und Entspannung,
- Neonazismus bzw. Antifaschismus,
- »Berufsverbote«.

Dabei tritt die DKP teilweise nicht selbst auf, sondern läßt von ihr beeinflusste Organisationen agieren, so z. B. die »Deutsche Friedens-Union« (DFU), das »Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« (KFAZ), die »Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner« (DFG – VK) und die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN – BdA).

In der von der DKP gesteuerten »Berufsverbots«-Kampagne koordiniert der Arbeitsausschuß der Initiative »Weg mit den Berufsverboten« die Tätigkeit von rd. 370 örtlichen und regionalen Komitees.

Von der Vielzahl der Aktivitäten zur Schaffung von Bündnissen sind beispielsweise zu nennen:

- Die Intensivierung der Kampagnen gegen »Berufsverbote«
- Kampagnen gegen »Faschismus« (so z. B. anlässlich der Wahl von Prof. CARSTENS zum Bundespräsidenten und der Nominierung von Ministerpräsident STRAUSS zum Kanzler-Kandidaten der CDU/CSU)
- Kampagnen gegen Neutronenwaffen und die NATO-Nachrüstung
- Kampagnen gegen Geheimdienste und Justiz
- Aufgreifen von Vorwürfen gegen Polizei und Bundesgrenzschutz
- Erwägungen, auf die Umweltschutzbewegung Einfluß zu nehmen
- »Unterstützung« der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden
- Verstärkte Schülerarbeit der »Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend« (SDAJ)
- Versuch der SDAJ, in den Bundesjugendring aufgenommen zu werden
- Beteiligung der »Deutschen Friedens-Union« (DFU) am Deutschen Evangelischen Kirchentag
- Kulturarbeit (z. B. durch viele Verlage und »kollektiv«-Buchhandlungen)
- Festivals, Kongresse und Pressefeste mit bis zu 400.000 Teilnehmern.

Als Erfolge in bündnispolitischen Ansätzen in Schleswig-Holstein wertete die DKP beispielsweise folgende Vorgänge:

- Die 1976 von einem in Schleswig-Holstein ansässigen Mitglied des Präsidiums des kommunistischen »Welt-

friedensrates« und des kommunistisch beeinflussten »Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« ins Leben gerufene Initiative »Christen für die Abrüstung« ist in die weltweite, von Moskau gesteuerte »Friedensarbeit« eingebunden. Zielgruppe dieser Initiative, die weitgehend von der »Deutschen Friedens-Union« gesteuert wird, sind vorwiegend Pastoren und andere kirchliche Mitarbeiter, die als Multiplikatoren für die Abrüstungskampagne im kirchlichen Bereich wirken.

- Auf der Landesdelegiertenkonferenz der »Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend« im März 1979 sprach der Landesvorsitzende der Jungdemokraten in Schleswig-Holstein ein Grußwort.
- Ein vor dem 2. November 1979 in Kiel verteilter Aufruf der von der DKP initiierten Aktion »Stoppt STRAUSS« wies neben den Unterschriften zahlreicher orthodoxer Kommunisten auch die Unterschriften von 15 Nichtkommunisten auf. Ein kurz danach verteilter gleichlautender Aufruf war bereits von 70 Nichtkommunisten unterschrieben.
- Im November 1979 gelang es der DKP und ihren Nebenorganisationen, sich an einer von anderen Organisationen initiierten »Demonstration gegen Neonazis« im Kreis Pinneberg maßgeblich zu beteiligen.
- Auch in Schleswig-Holstein wurden mehrere von der SDAJ initiierte »Rock gegen Rechts«-Veranstaltungen durchgeführt, darunter in Kiel mit etwa 900 Teilnehmern.

Dem Bezirksvorstand der DKP reichten die Ergebnisse der bisherigen bündnispolitischen Arbeit nicht aus. Er verordnete deshalb 1979 eine weitere Intensivierung der Aktivitäten. Diese sollen sich insbesondere auf folgende Schwerpunktgebiete erstrecken:

1. Aktivierung der Gewerkschaftsarbeit: Presseberichte über einen zunehmenden Einfluß der DKP in den Gewerkschaften lösten bei der Parteiführung sowohl Unruhe als auch Befriedigung aus. Um die günstige Entwicklung nicht zu gefährden, wurden die Mitglieder aufgefordert, sich bei allen Aktivitäten im Rahmen ihrer Gewerkschaftsarbeit strikt an die Richtlinien und Forderungen der Gewerkschaften zu halten, damit kein Anlaß zum Ausschluß wegen gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens geschaffen werde.
2. Verstärkung der Frauenarbeit: Die DKP lehnt sich hier an die Bemühungen demokratischer Parteien an, die Gleichberechtigung der Frauen auf allen Gebieten zu verwirklichen.
3. »Frieden und Abrüstung«: Die DKP meint, in der Bewegung um »Frieden und Abrüstung« gehe es auch darum, den Kanzler-Kandidaten der Union, STRAUSS, als »exponierten Vertreter des Groß- und Rüstungskapitals« zu stoppen.
4. Agitation gegen »Berufsverbote«: Diese aus der Sicht der DKP besonders erfolgreiche Kampagne soll fortgesetzt werden.
5. Einflußnahme in Bürgerinitiativen gegen »das Bonner Atomprogramm«: Hierzu sollen die Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen zum Thema »Kernenergie« forciert und die Versuche, in Bürgerinitiativen einzudringen, verstärkt werden.
6. Verstärkung der kommunistischen Basisarbeit: Hier steht im Mittelpunkt die Auswertung der kommunalpolitischen Erfahrungen, die die Partei insbesondere in der Stadt Barmstedt gemacht hat, wo sie bei der Kommunalwahl 1978 12 % der Stimmen erzielt hatte.

Als wichtigste aller Maßnahmen sieht die Bezirksleitung Schleswig-Holstein die Intensivierung der Betriebsarbeit an, insbesondere die Gründung neuer Betriebsgruppen, die Schulung der »Betriebsarbeiter«, insbesondere der »Jugendarbeiter« sowie die verstärkte Einwirkung auf Betriebsangehörige. Diese Anweisung der Bezirksleitung entspricht den Grundsatzverlautbarungen der Partei; insoweit heißt es:

»Betriebsarbeit ist mehr als eine begrenzte Schwerpunktaufgabe . . . Betriebsgruppen- und Betriebsarbeit ist der alles entscheidende Hebel zur Entwicklung des Einflusses unserer Partei in der Arbeiterklasse«

(»Unsere Zeit« vom 17. 8. 1978).

Trotz aller Bemühungen ist die Bezirksleitung Schleswig-Holstein der DKP mit der Betriebsarbeit noch nicht zufrieden; nach wie vor kann die DKP im Lande nur sechs Betriebsgruppen und sieben Betriebszeitungen vorweisen. Deshalb soll nunmehr eine »Betriebsarbeiterschulung« vor allem die in Großbetrieben beschäftigten Parteimitglieder in die Lage versetzen, besser als bisher im Sinne der Partei zu wirken.

Die Mitgliederzahl der DKP, die im Bundesgebiet bei rd. 40.000 liegt, hat sich in Schleswig-Holstein – was durch den Umtausch von Mitgliedsbüchern offenbar wurde – in der letzten Zeit von 1.400 auf rd. 1.000 vermindert.

Bei den 1979 durchgeführten Wahlen hat sich die Zahl der für die DKP abgegebenen Stimmen weiterhin verringert. Konnte die Partei anlässlich der Kommunalwahlen 1978 noch 7433 Stimmen erreichen, mußte sie sich bei der Landtagswahl am 29. April 1979 mit 3.123 Stimmen (0,2%) und bei der Europa-Wahl mit 3508 Stimmen (0,3%) begnügen.

c Nebenorganisationen der DKP

c 1

»Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ)

Die SDAJ ist als Jugendorganisation der DKP hinsichtlich der Mitgliederzahl und ihrer Aktivitäten die bedeutendste extremistische Jugendorganisation in der Bundesrepublik Deutschland. Im Bundesgebiet hat sie rd. 15.000 Mitglieder, von denen etwa 570 auf Schleswig-Holstein entfallen. Die SDAJ beteiligte sich an allen wichtigen Aktionen der DKP, führte darüber hinaus auch eigenverantwortlich zahlreiche auf die Jugend bezogene Veranstaltungen durch, wie z. B. »Tage der Freundschaft mit der Jugend der DDR«, »Pop- und Rockkonzerte« (an denen sich bis zu 1.000 Jugendliche beteiligten), Pfingstlager und Propagandatouren, wie 1979 beispielsweise die »Tuur dörch Sleswig-Holsteen«.

Ihre Versuche, Einfluß auf Jugendzentren, Schülervertretungen und Jugendvertretungen in Betrieben und auf die Gewerkschaftsjugend zu nehmen, sind nicht ohne Erfolg geblieben. Eine Anzahl von SDAJ-Mitgliedern ist in Schleswig-Holstein in betrieblichen Jugendvertretungen, in Kreisjugendausschüssen des DGB und in Schülervertretungen tätig.

c 2

»Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation« (JP)

Der Kinderorganisation der DKP gehören im Bundesgebiet etwa 2.500 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren an. In Schleswig-Holstein sind rd. 150 »Junge Pioniere« in etwa zehn örtlichen Gruppen organisiert. Zur inneren Festigung dieser Organisation wurde am 9. Dezember 1979 in Kiel ein »Landesverband Schleswig-Holstein« gegründet.

Unter den jährlich wiederkehrenden Veranstaltungen ragten auch 1979 das Pfingstlager in Ascheberg am Plöner See und die bereits von der verbotenen KPD ins Leben gerufenen Kinderferienlager in der DDR heraus. 1979 reisten wieder rd. 200 Kinder aus Schleswig-Holstein in die Ferienlager »Kalinin« in Berlin-Frauensee und »Klim Woroschilow« in Templin. Vorrangig mit Hilfe derartiger Veranstaltungen versucht die DKP, bei Kindern und Eltern für ihre Ziele zu werben und sie als Anhänger oder Mitglieder zu gewinnen.

d

DKP-beeinflußte Organisationen

In Verfolgung der althergebrachten leninistischen Taktik vermeiden zahlreiche von der DKP beeinflusste Organisationen strikt, sowohl ihre ideologischen Wurzeln als auch ihre tatsächliche Abhängigkeit von der DKP bekannt werden zu lassen. Diese Taktik der Initiatoren und nicht in Erscheinung tretenden Hintermänner zeitigt nach wie vor insofern Erfolge, als nicht selten überzeugte Demokraten sich zur Mitarbeit bereitfinden. So werden z. B. die oftmals nur lose organisierten »Initiativen« und »Komitees« nur zum Teil von Kommunisten gegründet, jedoch von diesen unterwandert und in der Regel gelenkt.

Hinsichtlich der Aktivitäten ragt in Schleswig-Holstein die »Deutsche Friedens-Union« (DFU) heraus. Ein Kern von etwa einem Dutzend Funktionären und aktiven Mitgliedern betreibt die eigentliche »Friedensarbeit« in dieser Partei und in ihren angegliederten »Initiativen«, »Kommissionen«, »Komitees« und »Arbeitskreisen«.

Die Aktivitäten der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN – BdA) in Schleswig-Holstein sind demgegenüber ver-

gleichsweise gering. Lediglich in Kiel, Lübeck, Neumünster und in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde, Pinneberg und Steinburg ist die VVN – BdA vertreten. Ähnlich wie bei der DFU wird die eigentliche Arbeit von wenigen Funktionären getragen, obwohl die Gesamtmitgliederstärke noch auf 250 geschätzt werden kann. Wie bei der Kernorganisation DKP waren Agitationsschwerpunkte im vorigen Jahr die Nachrüstung der NATO, die Kernkraft, das Thema »Berufsverbote« sowie Angriffe auf die Nachrichtendienste der Bundesrepublik Deutschland.

Die Zahl der Nichtkommunisten in der 1974 mit Unterstützung der DKP gegründeten »Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner« (DFG – VK) ist groß. Dennoch hat es die DKP verstanden, wichtige Funktionen im Bundesvorstand zu übernehmen. Im Rahmen ihrer Veranstaltungen forderte die DFG – VK vorrangig die Abrüstung im Westen und den Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf die Stationierung von Neutronenwaffen. Ihre Arbeit ist in Schleswig-Holstein jedoch nur von geringer Bedeutung.

»Neue Linke«

a

»Kommunistischer Bund Westdeutschland« (KBW)

Der KBW ist nach wie vor die stärkste Organisation innerhalb der dogmatischen »Neuen Linken«. Er hat nicht so starke Mitgliederverluste hinnehmen müssen wie die anderen K-Gruppen.

Der KBW gliedert sich in drei Regionalverbände (Nord, Mitte und Süd), denen rd. 40 Bezirksverbände nachgeordnet sind. Die beiden schleswig-holsteinischen Bezirksverbände »Holstein« und »Flensburg/Westküste« sind der »Regionalleitung Nord« in

Hannover unterstellt. Sie befehligen »Ortsgruppen«. Die Schwerpunkte liegen wie in den Vorjahren in Kiel und Flensburg. Die Regionalverbände und viele Bezirksverbände sind mit der Zentrale über ein modernes Nachrichtenübermittlungssystem verbunden.

Der KBW führte im Frühjahr 1979 eine Organisationsreform durch, mit der u. a. die Nebenorganisationen »Soldaten- und Reservistenkomitees«, »Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe« und »§-218-Komitees« zu einer Organisation, nämlich zur »Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten« zusammengefaßt wurden. Die Mitglieder in dieser neuen Vereinigung sind überwiegend auch Mitglieder im KBW. Es gelang jedoch nicht, auf diesem Wege eine umfassende Sammlungsbewegung der »Linken« auszulösen.

1979 verfügte der KBW in Schleswig-Holstein über 130 Mitglieder und etwa 70 weitere Anhänger (im Bundesgebiet insgesamt rd. 2.400 Anhänger). Ein beachtlicher Teil der Mitglieder gehört seit Jahren dem KBW an und übt nunmehr nach abgeschlossenem Studium Berufe mit entsprechenden Einkommen aus. An diesen Einkommen partizipiert der KBW außerordentlich.

Mit Unterstützung von KBW-Mitgliedern aus Hamburg und Niedersachsen gelang es dem KBW, zur Landtagswahl am 29. April 1979 in allen Wahlkreisen des Landes die für eine Kandidatur erforderliche Anzahl von Unterschriften zu sammeln. Das Wahlergebnis blieb mit 804 Stimmen jedoch weit hinter den Erwartungen und auch hinter dem Ergebnis der Bundestagswahl 1976 (1.323 Stimmen) zurück. Dies hat den KBW jedoch nicht entmutigt.

Anders als die anderen Organisationen der »Neuen Linken« hat der KBW

seine Logistik durch den Einsatz beträchtlicher Geldmittel forciert ausgebaut, insbesondere einen hochmodernen Kommunikationsapparat geschaffen. Die Parteizentrale befindet sich in einem sechsstöckigen, aus Spenden der Anhänger in Höhe von 2,7 Mio. DM finanzierten Haus in Frankfurt (Main) und ist mit einem modernen Nachrichtenübermittlungssystem mit den Regional- und Bezirksverbänden verbunden. Auch in Norddeutschland (Hamburg) hat der KBW ein eigenes Bürohaus eingerichtet. Ähnliche Zentralen sollen in Kiel und anderen Städten im Bundegebiet folgen.

Daneben will der KBW auch auf dem flachen Lande »revolutionäre Zentren« einrichten. Hierzu hat er bereits mehrere Bauernhöfe übernommen; einen z. B. in Oster-Ohrstedt, Kreis Nordfriesland (zur Zeit noch im Privateigentum eines KBW-Mitglieds). Der Ausbau dieses Hofes zu einem »revolutionären Zentrum« ist in den letzten Monaten energisch vorangetrieben worden. Auf dem Grundstück ist bereits ein »Ferienhaus« errichtet worden; die Einrichtung einer Arztpraxis und einer Rechtsanwaltspraxis sind vorgesehen. Im Wirtschaftsbericht des KBW für das erste Halbjahr 1980 ist für die Fertigstellung des »Ferienhauses« ein Betrag von 60.000 DM und für die Errichtung der Arztpraxis ein Betrag von 36.000 DM vorgesehen. Für ähnliche Projekte im Regionalverband Nord sollen insgesamt 400.000 DM verwendet werden, von denen noch 300.000 DM finanziert werden müssen. Hierzu heißt es lakonisch: »Die Regionalleitung beschließt die Aufbringung der 300.000 DM durch die Mitglieder.«

Mit großer Offenheit begründet der KBW den Zweck dieser Vorhaben. In einem internen Papier der Zentrale heißt es hierzu:

»Bekanntlich bauen wir die Arztpraxen, Rechtsanwaltskanzleien, landwirtschaftliche Betriebe, wie auch ein revolutionäres Volksbildungswesen auf, um den bewaffneten Aufstand vorzubereiten und mit der Revolution den Aufbau des Sozialismus beginnen zu können. Das wird für die Arbeiterklasse nicht siegreich verlaufen, ist nicht ihre Versorgung in jeder Hinsicht gesichert, und wird ihr nicht die ideologische Ausbildung ermöglicht, der sie bedarf, die Diktatur des Proletariats zu errichten und zu festigen. Unter keinem anderen Blickwinkel darf die Unterstützung der Arztpraxis betrachtet werden.«

Für die Arbeit auf dem Hof in Oster-Ohrstedt, die sich oft über Tage, zum Teil über Wochen und mit Arbeitszeiten von zum Teil über 12 Stunden erstreckte, waren zeitweise mehr als 40 KBW-Angehörige eingesetzt. Wegen dieses intensiven Arbeitseinsatzes konnten öffentlichkeitswirksame politische Aktionen zeitweilig nur in eingeschränktem Umfang durchgeführt werden. Zu den zahlreichen Gerichtsverhandlungen gegen Angehörige des KBW konnten nur noch kleine »Solidaritätsdelegationen« entsandt werden.

b

»Kommunistische Partei Deutschlands/

Marxisten-Leninisten« (KPD/ML)

Die KPD/ML hat 1979 mit erheblichem Propagandaaufwand für ihre politischen Vorstellungen geworben. Sie tritt für die »gewaltsame proletarische Revolution« und für ein »vereintes unabhängiges sozialistisches Deutsch-

land« ein. Ihr Vorbild ist die Volksrepublik Albanien. Aufschluß über ihren ideologischen Standort gibt auch die Tatsache eines ungewöhnlich hohen propagandistischen Aufwandes anlässlich des 100. Geburtstages STALINS. In einer in hoher Stückzahl verbreiteten Propagandaschrift würdigt sie die Verdienste STALINS insbesondere um die deutsche Arbeiterschaft. Die gegen STALIN erhobenen Vorwürfe versucht sie zu widerlegen.

Äußerungen über eine »Krise des Marxismus«, wie sie aus Kreisen des KB und der KPD zu hören sind, hält die KPD/ML für unbegründet. Sie meint, beide Parteien seien selbst schuld an ihrem Versagen, da sie sich in »kleinbürgerlichem Opportunismus« an die verschiedensten bürgerlichen Richtungen, z. B. auch die ökologische Bewegung, verkauft hätten. Nicht der Marxismus, sondern die »Bourgeoisie« stecke in einer Krise. Die KPD/ML wolle daraus ihre Lehren ziehen und sich auch künftig auf die nach ihrer Meinung notwendige revolutionäre Organisation der »kämpferischen Arbeitermassen« konzentrieren.

Die Mitgliederzahl der KPD/ML im Bundesgebiet ist von 1978 auf 1979 um rd. 100 gesunken und liegt jetzt bei rd. 500. Hinzu kommt ein zahlenmäßig nicht genau abzugrenzender Kreis von mobilisierbaren Anhängern, der auf rd. 900 geschätzt werden kann. In Schleswig-Holstein, das nach wie vor ein regionaler Schwerpunkt der KPD/ML ist, leben rd. 200 Mitglieder. Innerhalb des »Landesbezirksverbandes Schleswig-Holstein« bestehen »Ortsgruppen« in Kiel, Lübeck, Neumünster und Flensburg. Zu den Nebenorganisationen der Partei gehören die 1979 in Schleswig-Holstein kaum in Erscheinung getretene KPD/ML-Jugend- und Studentenorganisation »Rote Garde« (RG), die

Jugendorganisation »Rote Pioniere«, die fast nur publizistisch in Erscheinung tretende Rechts- und Häftlingshilfeorganisation »Rote Hilfe Deutschlands«, die seit 1978 bestehende »Revolutionäre Landvolkbewegung« und die »Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft e. V.«. Von diesen Hilfsorganisationen war 1978 die »Revolutionäre Landvolkbewegung« auch in Schleswig-Holstein mit einigem propagandistischen Aufwand gegründet worden; der Versuch der KPD/ML, auf Landwirte und Fischer im Lande einzuwirken, scheiterte jedoch sehr bald.

Als Nebenorganisation der KPD/ML spielt die »Revolutionäre Gewerkschaftsopposition« (RGO) eine wesentliche Rolle. Sie versteht sich als organisierte innergewerkschaftliche Opposition unter der Losung »Jeder Betrieb muß unsere Festung sein«. Die KPD/ML hat mit dieser Taktik Erfolge erreicht, wie sie von keinem ihrer Konkurrenten im Lager der dogmatischen »Neuen Linken« erreicht wurden.

Der Besuch des Kanzler-Kandidaten der CDU-CSU, STRAUSS, in Kiel am 2. November 1979 wurde von der KPD/ML agitatorisch intensiv genutzt. Die Partei versuchte auf mehreren Treffen linksextremistischer Gruppen sowie sonstiger Organisationen, ihre Vorstellungen von einer »Aktionseinheit gegen STRAUSS«, die in eine auch Gewaltausschreitungen einschließende Demonstration münden sollten, durchzusetzen. Die Bemühungen der KPD/ML und der von ihr beherrschten »Gruppe Kieler Antifaschisten« scheiterten jedoch am Widerstand der Anhänger des »Kommunistischen Bundes« und einer Reihe Unorganisierter, weil die Anhänger des »Kommunistischen Bundes« entgegen dem Willen der KPD/ML auch Mitglieder demokratischer Organisationen in die von ihnen angestrebte

Aktionseinheit mit einbeziehen wollten. So kam es am 2. November 1979 beim Besuch des Ministerpräsidenten STRAUSS in Kiel zu zwei getrennten Demonstrationen, und zwar einerseits von Anhängern der KPD/ML bzw. der »Gruppe Kieler Antifaschisten« und andererseits von Anhängern verschiedener anderer linksextremistischer Organisationen und Gruppen, unter denen mittlerweile die SDAJ und die »Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner«, also orthodoxe Kommunisten, die Führung übernommen hatten.

Um ihren schwindenden Einfluß in der Öffentlichkeit zu überdecken und in der Erkenntnis, daß eine eigene Kandidatur bei der Bundestagswahl 1980 keine Erfolgchancen habe, gründete die KPD/ML eine neue Nebenorganisation, die »Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden«. Das Programm der »Volksfront« steht unter der Losung »Stoppt STRAUSS«. Der »Machtantritt der Reaktionäre CARSTENS und STÜCKLEN« und die Kanzlerkandidatur von STRAUSS werden als »unverhüllte Kampfansage des Finanzkapitals, der Monopole und Banken an die Werktätigen« bezeichnet. Auch die SPD wird als »keine wählbare Alternative« angesehen. Es gelte, in »Stadt und Land den Widerstand« zu organisieren, damit es »nicht noch einmal so weit« komme, »daß sich Sozialdemokraten, deutsche und ausländische Arbeiter im KZ« wiederfänden.

Die »Volksfront« ist beim Bundeswahlleiter als Partei angemeldet worden. Dem 9köpfigen Bundesvorstand der neuen Partei gehören auch Mitglieder aus Schleswig-Holstein an. Die Partei hat in Schleswig-Holstein einen Landesverband sowie mehrere Kreis- und Ortsverbände gegründet.

Die Gründung einer Partei durch eine andere Partei, die selbst weiterexistiert, stellt ein Novum in der Parteiengeschichte dar. Der »Kommunistische Bund« reagierte auf diesen Vorgang mit der Bemerkung, die KPD/ML habe sich eigens zur Bundestagswahl »ein weiteres Juwel« in der Kollektion ihrer »Massenkostüme« zugelegt. Der KB spielt damit auf die vielen Nebenorganisationen der KPD/ML an, die es bisher nicht vermocht haben, der Partei eine Massenbasis zu verschaffen.

c

»Kommunistische Partei Deutschlands« (KPD)

Die KPD hat unter den dogmatischen Organisationen der »Neuen Linken« die stärksten Anhängerverluste hinnehmen müssen. Es ist ihr nicht gelungen, die Arbeiterbewegung mit den von ihr so bezeichneten »demokratischen Volksbewegungen«, zu denen sie sich selbst zählt, zu verbinden. Die Partei, zu deren Zielen die bewaffnete Revolution und der »Umsturz der Bourgeoisie« zählen, und die bis vor kurzer Zeit noch mit Vehemenz die Diktatur des Proletariats forderte, ist nach den Worten ihrer leitenden Funktionäre gescheitert. Dies wird augenfällig auch am Rückgang der Auflagenzahl des Parteiorgans »Rote Fahne«, der dazu geführt hat, daß die Zeitung nicht mehr als Wochenzeitung und Zentralorgan der Partei erscheinen kann.

Wie der »Kommunistische Bund« hat auch die KPD die »Krise der Linken« intern und in Artikeln der »Roten Fahne« diskutiert. Sie ist zu dem Ergebnis gekommen, daß ihre gesellschaftliche Basis, ihre ideologische Substanz und auch ihre praktischen gesellschaftlichen Erfahrungen zu gering gewesen seien, um den Anspruch erfüllen zu können, den sie sich gestellt hatte. Bemerkens-

wert ist die Offenheit, mit der die erstmals stärkste Partei der »Neuen Linken« ihre Situation darlegt.

Die KPD bereitete die Einberufung eines III. Parteitages im Frühjahr 1980 vor, auf dem über die Zukunft der Partei entschieden werden sollte*.

Durch Mitarbeit in alternativen und bunten Listen hat die KPD versucht, verstärkt Einfluß auf die Umweltschutzbewegung zu nehmen. Nach einer Erklärung des Ständigen Ausschusses der Partei zum III. Parteitag trat die KPD »für ein Näherrücken der von linken Teilen der Sozialdemokratie beeinflussten Arbeiterbewegung mit den fortschrittlichen Kräften der »Grün-Bunten Bewegung« und Marxisten und Kommunisten gegen den Rechtsblock in unserem Land . . .« ein. Innerhalb dieser »Kräfte und Bewegungen« könne sich »ein neuer Zusammenhang der in die Krise geratenen revolutionären Sozialisten entwickeln – mit Kommunisten als einem besonderen Teil«.

Die KPD ist in Schleswig-Holstein nie sonderlich in Erscheinung getreten. Auch 1979 waren Aktivitäten der sehr wenigen Anhänger im Lande kaum zu verzeichnen.

d

»Kommunistischer Bund« (KB)

Auch der »Kommunistische Bund« hat im vergangenen Jahr einen großen Teil seiner Anhänger verloren. Lag die Anhängerzahl 1977 noch bei rd. 1.700, so betrug sie Ende 1979 nach Angabe des KB nur noch rd. 1.000. Die Auflage des Zentralorgans »Arbeiterkampf«, eines im Lager der »Neuen Linken« allgemein angesehenen Blattes, ging innerhalb von drei Jahren von 24.000 auf rd. 10.000 Exemplare zurück.

* Die Delegierten des III. Parteitages (7.–9.3.1980) haben inzwischen die formelle Auflösung der KPD beschlossen.

Der Organisations- und Aktions-schwerpunkt des KB lag weiterhin in Norddeutschland, hier insbesondere in Hamburg und im Nachbarschaftsraum um Hamburg.

Im KB ist es in Sach- und Organisationsfragen zu erheblichen Streitigkeiten gekommen, die zum Jahresende 1979 zur Spaltung der Organisation in zwei Fraktionen führten. Während die Mehrheitsfraktion um das »Leitende Gremium« die bisherige Taktik der Mitarbeit in den »bunten« und »alternativen« Umweltschutzverbänden, insbesondere in der »Bunten Liste« in Hamburg, weiter verfolgt, sprechen sich die Anhänger der Minderheitenfraktion »Zentrumsfraktion« für eine stärkere Hinwendung zu den »Grünen« aus. Mehrere Mitglieder der »Zentrumsfraktion« wurden daraufhin vom »Leitenden Gremium« beurlaubt; dies führte zu einer noch stärkeren Abgrenzung beider Teile und letztlich zu der Mitte Dezember 1979 in Hamburg vollzogenen Spaltung des KB und zum Ausschluß der Anhänger der »Zentrumsfraktion«. Diese sind inzwischen mit einem eigenen Publikationsorgan an die Öffentlichkeit getreten. Sie bemühen sich inzwischen um die Schaffung einer selbständigen Organisation. In Schleswig-Holstein verfügt die »Zentrumsfraktion« über rd. 25 Anhänger.

Im Januar 1980 veranstaltete der KB einen Delegiertenkongreß, der u. a. den Entwurf eines Statuts verabschiedete. Dieser unter dem Eindruck der jüngsten internen Entwicklungen zustande gekommene Entwurf gestattet auch künftig eine für kommunistische Organisationen verhältnismäßig offene interne Diskussion; so ist vorgesehen, daß sich die Minderheit zwar der Mehrheit unterordnen muß, disziplinarische Maßnahmen aber nur dann ergriffen werden, wenn einzelne Mitglieder oder Einheiten ausdrücklich gegen Beschlüsse verstoßen.

Der Entwurf sieht überdies erstmalig das Recht auf Fraktionsbildung vor.

Als Folge der bereits lange schwelenden Krise im KB war 1979 ein weiterer Rückgang der Aktivitäten dieser Organisation festzustellen. In Schleswig-Holstein trat der KB, der in etwa 10 Orten Einzelmitglieder bzw. kleine Stützpunkte hat, kaum noch unter eigenem Namen auf; vielmehr verbarg er sich bei entsprechenden Anlässen hinter Bürgerinitiativen, Umweltschutzverbänden, Frauengruppen sowie »antifaschistischen Arbeitskreisen«.

e **Die »Neue Linke« und der Kampf gegen Errichtung und Betrieb von Kernkraftanlagen in der Bundesrepublik Deutschland**

Der Kampf gegen Kernkraftanlagen in der Bundesrepublik Deutschland hat seit Ende 1977 neue Erscheinungsformen angenommen. War bis dahin das Bild der Auseinandersetzungen durch gewalttätige Demonstrationen unter Führung und maßgeblicher Beteiligung der K-Gruppen geprägt, nahm in demselben Maße, in dem der Einfluß der K-Gruppen schwand, die Zahl der Sprengstoff- und anderer Anschläge gegen Einrichtungen der Energiewirtschaft und insbesondere der Kernkraftbetreiber zu. Dabei erweist es sich wegen der vielfältigen Erscheinungsformen der Kampf- und »Widerstands«-mittel zunehmend als schwierig, linksextremistische Militanz von terroristischen Bestrebungen abzugrenzen.

Im März 1979 wurden mehrere Transportfahrzeuge eines Bohrtrupps, der mit geophysikalischen Untersuchungen im Raum Schwarzenbek/Trittau beauftragt war, stark beschädigt und mit Anti-Kernkraft-Parolen beschmiert. Bei den Fahrzeugen waren u. a. die Bremsleitungen und das Stromkabel zum Anlasser

durchtrennt sowie Salz in die Tanks geschüttet worden.

Im April gelangten unbekannte Täter auf einen durch Gitter und Draht gesicherten Trageturm eines Hochspannungsmastes der Norddeutschen Kraftwerke im Kreis Pinneberg. Der beabsichtigte Anschlag unterblieb, weil sich die Täter beobachtet fühlten. Der Mast, der u. a. eine 220-KV-Leitung (die sogenannte »Elbe-Kreuzung 1«) über die Elbe führt, war wiederholt das Ziel von Schmieraktionen unbekannter Kernkraftgegner gewesen.

Im Juli 1979 führten unbekannte Täter bei Geesthacht einen Anschlag auf eine zum Kernkraftwerk Krümmel gehörende Überlandleitung durch. Sie durchsägten dabei die Haltebolzen von Isolierketten und durchtrennten anschließend mehrere heruntergefallene Leitungen. Zu dem Anschlag bekannte sich eine Gruppe »Grüne Lüste Krümmel«. In dem Bekenner schreiben hieß es u. a.: »Wir sehen, daß Überlandleitungen, verglichen mit AKW-Festungen, leicht anzugreifen sind – weil sie durch unser Land führen. Wir wollen es nicht verdrahten lassen.«

Bereits im November 1978 hatte eine »Arbeitsgruppe praktische Entspannung« dieselbe Leitung zerstört und Bekennerbriefe an verschiedene Zeitungen »mit der Bitte um Verbreitung« geschickt.

Diese wie auch in anderen Bundesländern durchgeführte ähnliche Anschläge wurden im undogmatischen, anarchistisch-spontaneistischen Bereich wie auch in vielen unter links-extremistischem Einfluß stehenden oder »autonomen« Bürgerinitiativen diskutiert und gebilligt. So versandten z. B. die »autonomen« Kernkraftgegner in Hamburg, die als ein besonderer Flügel der »Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe« aktiv sind, eine Erklärung

an viele andere Bürgerinitiativen, in der solche Aktionen für notwendig und gerechtfertigt erklärt werden. Die Erklärung ist von einer ganzen Reihe von Bürgerinitiativen durch Unterschriften akzeptiert worden. Manche Bürgerinitiativen lehnten freilich eine Unterschriftsleistung ab.

Seit Juni 1979 kursiert unter Kernkraftgegnern ein »Handbuch zur Selbsthilfe – Erfahrungen aus Widerstandskaktionen und Hinweise zum praktischen Widerstand gegen Atomanlagen«. Es ist nach Inhalt und Aufmachung dem terroristischen Randbereich zuzurechnen und knüpft an die erstmalig Ende 1977 in Schleswig-Holstein aufgetauchte Strategieschrift »Das tapere Schneiderlein« an. Wie diese enthält auch das »Handbuch« Hinweise und Ratschläge für Anschläge auf Strommasten und Hochspannungsleitungen. Es suggeriert die Notwendigkeit, die Schwellenangst vor Gewalttätigkeiten zu überwinden. Daß diese Strategie in einschlägigen Kreisen jedoch umstritten ist, wird aus einer Reihe von Äußerungen, insbesondere in »die Tageszeitung« und dem »Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten« deutlich. So heißt es in einer Stellungnahme zu einem von »Revolutionären Zellen« verübten Anschlag auf einen Wetterturm in Ahaus, Nordrhein-Westfalen, die Aktion sei zur falschen Zeit, am falschen Ort und völlig dilettantisch durchgeführt worden; überdies sei mit der Aktion der örtlichen Bürgerinitiative ein Nachteil durch Gefährdung ihres Ansehens in der Öffentlichkeit zugefügt worden.

Die näheren Umstände verschiedener Anschläge lassen den Schluß zu, daß sich militante Kreise der Kernkraftgegner das Konzept der »Revolutionären Zellen« zunutze machen. Sie verwirklichen in vielfacher Hinsicht deren Zielvorstellungen (Gewalt gegen

Sachen, kein Spezialistentum, Nachvollziehbarkeit und Vermittelbarkeit von Aktionen), ohne jedoch erkennbar deren »revolutionäre Gesamtstrategie« zu übernehmen.

Die K-Gruppen haben sich in ihren Veröffentlichungen in unterschiedlichem Umfang über die Entwicklung auf dem Umweltschutz-Sektor geäußert. Während der KBW und die KPD/ML sich in der Berichterstattung hierüber zurückhielten, haben der KB und die KPD regelmäßig über dieses Thema berichtet.

KB und KPD beklagten das auf dem Gründungskongreß der »Grünen« in Karlsruhe im Januar 1980 favorisierte Verbot einer Doppelmitgliedschaft. Auf einem Kongreß »bunter« und »alternativer« Gruppen wurde daraufhin eine engere Zusammenarbeit beschlossen. »Bunte« und »Alternative« stellten in einer öffentlichen Erklärung heraus, daß der Unvereinbarkeitsbeschluß auf die gleiche Stufe mit der von ihnen so genannten »Gesinnungsschnüffelei in den Gewerkschaften« und der »Berufsverbots-Praxis« der staatstragenden Parteien gestellt werden könne.

Da mit dem Unvereinbarkeitsbeschluß zumindest zunächst die von Linksextremisten angestrebte Möglichkeit der offenen Unterwanderung wesentlich erschwert wurde, werden Linksextremisten, wie in anderen Bereichen gehbt, versuchen, die neue Partei »Die Grünen« unerkannt zu unterwandern. Das Zentralorgan der KPD, die »Rote Fahne«, hat diesen Weg angedeutet: »Nachdem offensichtlich geworden war, daß ein gleichberechtigtes Bündnis von seiten der Grünen nicht ermöglicht werden würde, ist eine Anzahl von Linken, Sozialisten und Demokraten in die SPV (Anm.: »Sonstige Politische Vereinigung« – Vorläufer der Partei »Die Grünen«) eingetreten, um auf diese Weise innerhalb der Grünen linke Positionen

zu verstärken . . .« Das KPD-Blatt berichtet ferner, daß von der »Alternativen Liste Westberlin« über 400 Mitglieder in die »Grünen« eingetreten und auf dem Kongreß der »Grünen« daher mit rd. 40 Delegierten vertreten gewesen seien. Auch in Nordrhein-Westfalen und Hamburg sei ein ähnliches Vorgehen möglich geworden durch die Zusammenarbeit zwischen »fortschrittlichen Grünen« und »Alternativen«.

Die KPD sieht in einer Mitarbeit bei den »Grünen« Möglichkeiten zur verfassungsfeindlichen Agitation. Sie sieht ihre Auffassung bestätigt, »daß es bei offener, gleichberechtigter und langfristiger Zusammenarbeit ein Zusammengehen von Rot und Grün« geben könne, weil trotz unterschiedlicher Auffassungen in vielen Fragen die grundlegende Ablehnung des »herrschenden Systems« verbinde. Die »grüne Bewegung« sei Ausdruck der Ablehnung der »kapitalistischen Form der Entwicklung der Produktivkräfte und des Strebens nach einer Gesellschaft, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft« werde. Ähnliche Auffassungen wurden auch in den Reihen des »Kommunistischen Bundes« vertreten.

Im Vergleich zu den Vorjahren hat die Zahl der Großdemonstrationen gegen den Bau von Kernkraftanlagen in der Bundesrepublik Deutschland und in Schleswig-Holstein abgenommen. Erwähnenswert sind zwei Demonstrationen, und zwar am 21. April in Brunsbüttel und am 23. Dezember in Brokdorf. Unter dem Eindruck der Störfälle in Harrisburg sammelten sich am 21. April ca. 5.000 Kernkraftgegner aus Norddeutschland in Brunsbüttel. Zu der Veranstaltung hatten eine Reihe politischer Verbände, so u. a. der »Landesverband Umweltschutz Schleswig-Holstein«, die »Bunte Liste Hamburg« sowie »autono-

me Gruppen« aufgerufen. An der Demonstration beteiligten sich auch Angehörige der K-Gruppen. Sie verlief im wesentlichen ohne Störungen und größere Ausschreitungen. Einige Demonstranten führen im Anschluß an die Demonstration nach Brokdorf und veranstalteten hier ein Steinbombardement auf die Baubaracke.

Mehrere hundert zum Teil militant ausgerüstete Kernkraftgegner, die sich überwiegend aus Anhängern von »autonomen Gruppen« aus Hamburg und Niedersachsen zusammensetzten, versuchten während einer Demonstration am 23. Dezember, den Bauzaun des Baugeländes in Brokdorf gewalttätig niederzureißen. Neben Bolzenschneidern und Seilen setzten sie erstmals auch einen von einem Notstromaggregat gespeisten Winkelschleifer ein. Der Versuch, den Bauplatz zu besetzen, scheiterte schließlich an dem energischen und situationsgerechten Verhalten der Polizei.

Die Situation linksextremistischer Gruppen an den Hochschulen in Schleswig-Holstein

Eine weiter zurückgehende Bereitschaft der Studenten für eine aktive Mitarbeit in extremistischen Gruppierungen kennzeichnet die Situation an den Hochschulen des Landes im Jahre 1979. Im scheinbaren Gegensatz dazu aber steht die Tatsache, daß Studenten bei Wahlen zunehmend extremistischen Gruppen ihre Stimme geben. So wählten an der Universität Kiel rd. 3.750 Studenten Anhänger extremistischer

Gruppen in das Studentenparlament. Durch die Zersplitterung in drei konkurrierende linksextremistische Listen konnte »die Linke« 1979 eine Mehrheit im Studentenparlament noch nicht erreichen. Rund 1.800 Wähler vertrauten der vom »Kommunistischen Bund« und vom »Sozialistischen Büro« empfohlenen undogmatisch einzustufenden Basisliste. Rund 1.050 Wähler entschieden sich für die weitgehend vom »Kommunistischen Studentenbund« (KSB – früher »Rote Zellen«) beeinflusste »Liste Programm der Fachschaftsgruppen«, und nochmals 900 Wähler wollten sich durch die vom »Marxistischen Studentenbund Spartakus« (MSB Spartakus) und dem »Sozialistischen Hochschulbund« (SHB) getragenen »Gewerkschaftlich Orientierten Listen« im Studentenparlament vertreten sehen.

Dagegen gelang es den »Basisgruppen«, durch eine Listenverbindung mit der Juso-Hochschulgruppe bei den Studentenwahlen im Jahre 1980 den AStA zu stellen. Diese Listenverbindung führte zu einem entscheidenden Rückgang der Stimmen der orthodoxen Linken (»MSB Spartakus« und »Sozialistischer Hochschulbund«) sowie der vom »Kommunistischen Studentenbund« beeinflussten Kandidaten aus den Fachschaftsgruppen.

An anderen Hochschulen des Landes konnten Extremisten 1979 gewisse Erfolge erzielen. An der Fachhochschule Kiel stellte das »Aktionsbündnis Gewerkschaftlich Orientierter Studenten« (AGOS), in dem der »MSB Spartakus« erheblichen Einfluß hat, den AStA. Auch die Studentenvertretung an der Medizinischen Hochschule Lübeck wird von einem vergleichbaren »AGOS«-Bündnis beherrscht.

Die politische Szene an der Pädagogischen Hochschule Flensburg erwies

sich als Tummelplatz für eine Vielzahl von extremistischen Einzelinitiativen, die teils der undogmatischen Szene angehören, teils vom »Kommunistischen Bund« beeinflusst werden (z. B. »Spartakus«, »Grüne«, »Bunte«, Frauengruppen, Russell-Tribunal-Anhänger usw.). Diese konnten mit einem einheitlichen basisorientierten Konzept die Mehrheit im Studentenparlament erringen und den AstA stellen.

An den übrigen Hochschulen waren keine vergleichbaren Erfolge extremistischer Gruppen zu beobachten, wenn auch hier einzelne Extremisten durchaus erfolgreich agitierten.

Der Terrorismus und sein Umfeld

Die »Rote Armee Fraktion« (RAF) hat seit 1977, dem Jahr schwerster Terroranschläge, keine vergleichbaren Aktionen mehr durchführen können. Zwar übernahm ein Kommando »Andreas BAADER – Rote Armee Fraktion« die Verantwortung für einen in Belgien begangenen, fehlgeschlagenen Sprengstoffanschlag auf den früheren Oberkommandierenden der NATO, General HAIG; doch haben sich auch andere Gruppierungen hierfür als verantwortlich bekannt. Die gegenwärtige Situation darf dennoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich nach wie vor ein zahlenmäßig zwar kleiner, jedoch harter und entschlossener Kern, der zu Gewaltverbrechen bereit und fähig ist, noch in Freiheit befindet.

Der Mitgliederbestand der RAF konnte durch weitere Festnahmen – darunter führender Gruppenmitglieder – geschwächt werden. Dennoch betrug die Zahl der mit Haftbefehl gesuchten Terroristen am Jahresende noch immer 40 Personen. Daß zumindest der harte Kern bereit ist, im Falle der Konfrontation mit den Sicherheitsbehörden auch rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, bewies ein im November 1979 in Zürich durchgeführter Bankraub.

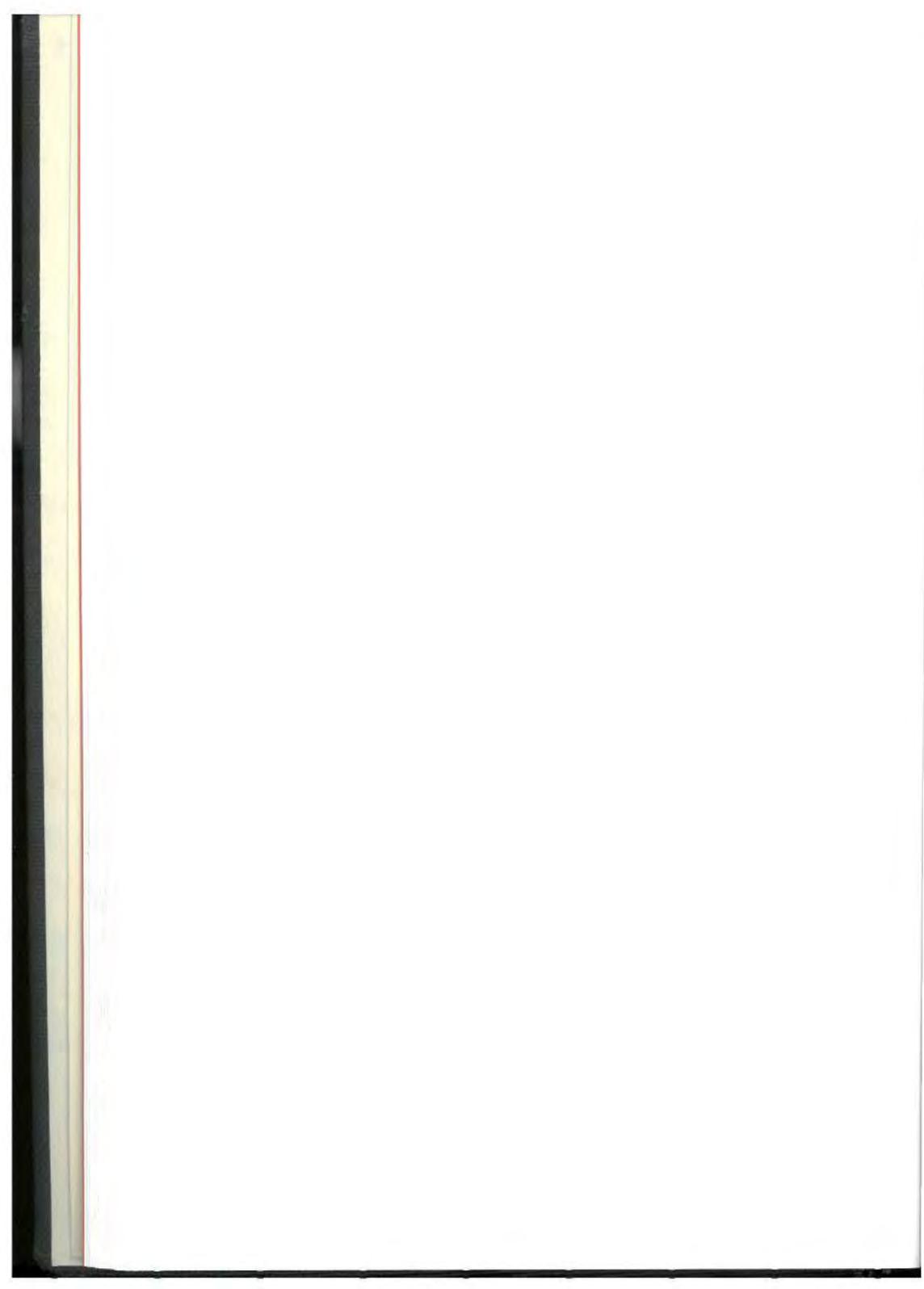
Rolf Clemens WAGNER, ein wegen des Mordes an Dr. SCHLEYER gesuchter Terrorist, konnte hierbei festgenommen werden. Weitere Festnahmen sowie Spuren in entdeckten konspirativen Wohnungen belegen, daß die Terroristen in unserem Lande dem »Fahndungsdruck« nicht ausgewichen sind, sondern sich nach wie vor – zumindest zeitweilig – in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Sie setzen hier ihre Bemühungen zur Fortsetzung

ihrer logistischen Vorbereitungen fort, worauf u. a. einige Banküberfälle mit terroristischem Hintergrund hindeuten. Die Tatsache, daß in der Zelle der in der Justizvollzugsanstalt Lübeck einsitzenden Terroristin Christine KUBY im November 1979 Anleitungen zum Bau eines Flächenschußgerätes gefunden wurden, spricht für eine gewisse Beharrlichkeit – selbst bei Inhaftierten – in der Verfolgung einmal geplanter Vorhaben. Ähnliche Schußgeräte hatte die Polizei bereits im August 1977 in der Nähe der Bundesanwaltschaft Karlsruhe und im Januar 1979 in einer konspirativen Wohnung in Düsseldorf gefunden.

Den illegalen Kommandos der RAF stehen auf »legaler Ebene« Unterstützer- und Sympathisantenkreise zur Seite. Sogenannte »Antifaschistische Gruppen« – die nicht zu verwechseln sind mit ähnlich bezeichneten Aktionskreisen der KPD/ML – halten Verbindungen mit inhaftierten Terroristen, für die sie vor allem Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Im Mittelpunkt der in diesem Zusammenhang eingeleiteten publizistischen Kampagnen stand wiederum die angeblich unmenschliche Haftsituation (»Isolationsfolter«) in besonders dafür geschaffenen Einrichtungen (»Hochsicherheitstrakte«).

Die »Revolutionären Zellen« (RZ) haben 1979 ihren »bewaffneten Kampf« fortgesetzt. Mit ihrer auf Breitenwirkung in bestimmten Bevölkerungsschichten angelegten strategischen Konzeption stellen sie langfristig eine ebenso große Gefahr dar wie die RAF, auch wenn die Anschläge sich in Zielsetzung und Auswirkung von denen der RAF unterscheiden. Sie versuchen, mit ihren Aktionen an aktuelle vermeintliche »Massenbedürfnisse« anzuknüpfen in der Hoffnung, so ihre Basis erweitern und einer »revolutionären« Bewegung Auf-

schwung geben zu können. Überwiegend handelt es sich um autonome Einzelgruppen, deren Angehörige nach außen hin als »Durchschnittsbürger« erscheinen.



Sicherheits-
gefährdende
Bestrebungen
von Ausländern in
Schleswig-Holstein
1979

C

Ausländer in Schleswig-Holstein (Zahlenübersicht)

In Schleswig-Holstein leben gegenwärtig bei einer Gesamtbevölkerung von rund 2,6 Mio. Einwohnern etwa 78.000 Ausländer; das sind 4,5 % mehr als im Vorjahr. Im Bundesgebiet waren von 61,4 Mio. Einwohnern 4,1 Mio. Ausländer.

Die Türken sind mit 31.000, die Jugoslawen mit 5.600, die Italiener mit 3.600, die Spanier mit 3.200 und die Griechen mit 2.700 Personen vertreten. Ca. 1.700 Ausländer stammen aus arabischen Staaten, über 600 aus dem Iran.

An den Hochschulen des Landes sind im Wintersemester 1979/80 von 21.800 eingeschriebenen Studenten 1.067 Ausländer, davon an der Universität Kiel 682.

Internationaler Terrorismus

Von Ausländern außerhalb ihrer Heimatstaaten aus politischen Motiven verübte Gewalt- und Terrorakte hielten auch im vergangenen Jahr unvermindert an. Freilich war Schleswig-Holstein von derartigen Handlungen nicht betroffen.

a

Araber/Palästinenser

Der gegen Israel gerichtete Kampf palästinensischer Organisationen wurde auch im letzten Jahr verstärkt außerhalb des Nahen Ostens weitergeführt. Palästinensische Terroristen versuchten auf verschiedenen Wegen, Sprengstoff für Anschläge in die Bundesrepublik Deutschland zu bringen. Die Sicherheitsbehörden verhinderten durch rechtzeitiges Eingreifen geplante Gewaltakte.

Mit Kommandounternehmen und Anschlägen muß auch künftig gerechnet werden.

b

Exiljugoslawen

Die Aktivitäten kroatischer Extremisten, die seit dem jugoslawischen Ersuchen, acht Exilkroaten auszuliefern, einen Höhepunkt erreicht hatten, sind nach den ablehnenden Gerichtsentscheidungen spürbar zurückgegangen. Die gegen den jugoslawischen Staat gerichtete Gewaltpropaganda wird jedoch fortgesetzt.

Ein sprunghaftes Anwachsen von Aktivitäten kroatischer Extremisten ist zu erwarten, falls es in Jugoslawien zu einer Führungskrise wegen der Frage der Nachfolge Titos kommen sollte.

Politischer Ausländer-Extremismus

Obwohl sich der überwiegende Teil der hier lebenden Ausländer gesetzestreu und loyal gegenüber dem Gastland verhält, verzeichneten extremistische Ausländer-Organisationen einen verstärkten Mitgliederzuwachs. Auch die Zahl der im Bundesgebiet verübten Gewaltakte nahm zu.

Die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse und Konfliktsituationen in den Heimatländern bestimmten die Aktivitäten extremistischer Ausländergruppen.

Vor allem maoistische und sozialrevolutionäre Gruppen richteten scharfe Angriffe gegen die Bundesrepublik Deutschland. Eine verstärkte Zusammenarbeit insbesondere türkischer und iranischer Extremisten mit deutschen militanten Linksextremisten bei gemeinsamen Demonstrationen und gewaltsamen Ausschreitungen ist festzustellen.

a

Türken

Vor dem Hintergrund der sich weiter verschärfenden innenpolitischen Verhältnisse in der Türkei verstärkten sich die Spannungen zwischen den hier lebenden türkischen Links- und Rechts-extremisten. Die von deutschen Links-extremisten unterstützte Agitation türkischer Linksextremisten gegen die behauptete »faschistische Gefahr in der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland« und die von ihnen als »Graue Wölfe« bezeichneten Anhänger der »Partei der Nationalen Bewegung« (MHP) löste auch bei den türkischen Nationalisten eine verstärkte Agitationsbereitschaft aus, die zudem von religiösem Erneuerungsbewußtsein im Zeichen des Islam geprägt ist.

Unter den Extremisten beider Lager ist die Bereitschaft gewachsen, bei politischen Auseinandersetzungen Gewalt anzuwenden. In Schleswig-Holstein ist, im Gegensatz zum Bundesgebiet, seit Jahren kein Fall von politisch motivierter Gewaltanwendung bekannt geworden.

a 1

Türkische Linksextremisten

Flugblätter der maoistischen Organisationen

- »Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.« (ATIF),
- »Studentenföderation der Türkei in Deutschland e. V.« (ATÖF),
- »Türkische Studentenföderation – Ausland« (TÖK-YD),
- »Türkischer Studentenverein Kiel und Umgebung« (KITÖB),
- »Türkischer Arbeiterverein Kiel und Umgebung/Aufbaukomitee« (KITIB/OK)

wurden in Kiel, Lübeck und Flensburg verteilt. Sie enthielten u. a. »antifaschistische« und »antiimperialistische« Parolen. In ihnen wurde ferner ein Verbot

aller »faschistischen türkischen Organisationen« in der Bundesrepublik Deutschland gefordert.

Die »Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten« (TKP/ML) und ihre Kampforganisation »Türkische Arbeiter- und Bauern-Befreiungsarmee« (TIKKO) zeichneten für Wandschmierereien und Flugblattverteilungen in Neumünster verantwortlich.

Rege Aktivität entwickelte der »Solidaritätsverein der türkischen Arbeiter in Lübeck e. V.«, der dem orthodox-kommunistisch beeinflussten Dachverband FIDEF angehört. Der Solidaritätsverein führte politische Schulungen durch und war um die Betreuung jugendlicher Türken bemüht. Er warnte vor verstärkten Aktivitäten der von ihm als »Faschisten« bezeichneten politischen Gegner. Einige Mitglieder des Vereins betrieben kommunistische Basisarbeit im Sinne der »Türkischen Kommunistischen Partei« (TKP) und verbreiteten das TKP-Organ »ATILIM«. Unter der Bezeichnung »Solidaritätskomitee für ATILIM« veranstalteten sie im August 1979 gemeinsam mit der DKP ein Straßenfest in Lübeck und warben für Zusammenarbeit im Sinne des proletarischen Internationalismus.

Der Vorsitzende des Lübecker Solidaritätsvereins gehört dem Bundesvorstand der »Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland e. V.« (FIDEF) an, der im Bundesgebiet ca. 20.000 Mitglieder angehören.

a 2

Türkische Rechtsextremisten

Die »Türkische Gemeinschaft Lübeck«, wie die »Türkischen Gemeinschaften« in Kiel und Neumünster Mitglied des nationalistischen Dachverbandes ADÜTDF, warb für die Ziele der »Partei der Nationalen Bewegung«

(MHP). Sie warnte in Flugblättern vor einer »blutigen Revolution der Kommunisten« in der Türkei und rief alle gläubigen Türken auf, am »Kampf der Idealisten gegen die Kommunisten« teilzunehmen. Am Beispiel Iran wurde auf die Kraft der Religion hingewiesen.

Die »Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereinigungen in Europa« (ADÜTDF) warb in Kiel, Neumünster und Lübeck für eine zentrale Demonstration am 20. Mai 1979 in Köln, an der ca. 5.000 Personen, darunter einige aus Schleswig-Holstein, teilnahmen. Die Demonstration richtete sich gegen die damalige türkische Regierung ECEVIT und gegen die »einseitige Berichterstattung« des WDR in seinen türkischen Sendungen. Dem WDR wurde vorgeworfen, er lasse sich als »Propaganda-Instrument türkischer Linkssozialisten, Kommunisten, Maoisten und Separatisten« mißbrauchen.

Mitte vergangenen Jahres führte die Ankündigung bzw. Aufführung des türkischen Spielfilms »GÜNES NE ZAMAN DOGACAK« (Wann wird die Sonne aufgehen?) im Bundesgebiet zu Demonstrationen. Der Film war in der Türkei verboten worden, nachdem Linksextremisten wegen seiner anti-kommunistischen Tendenz Bombenanschläge auf Lichtspielhäuser verübt hatten. In Schleswig-Holstein scheiterte die öffentliche Aufführung des Films durch die »Türkischen Gemeinschaften« in Kiel und Neumünster daran, daß die Stadt Kiel die Vorführung in einer Schule untersagte und private Vermieter Räumlichkeiten nicht zur Verfügung stellten. Dennoch kam es in Kiel trotz Verbots zu einer Gegendemonstration von ca. 300 türkischen und deutschen Linksextremisten. Die »Türkische Gemeinschaft Neumünster« zeigte den Film später trotz einer Gegendemonstration des »Türkischen

Arbeitervereins Neumünster« in ihren Vereinsräumen.

Die »Organisation Nationaler Standpunkt« in Lübeck setzte sich für die Ziele der nationalistischen, orthodox-islamischen »Nationalen Heilspartei« (MSP) ein. Nach Auffassung der MSP nimmt der Kommunismus in der Türkei zu, hätte jedoch keine Chance, wenn sich die Menschen mehr der Religion zuwenden würden. Die MSP versteht sich als einzige gläubige Partei in der Türkei und erstrebt eine auf dem Glauben gestützte Revolution nach iranischem Vorbild.

b **Iraner**

Da in der Schlußphase der iranischen Revolution viele iranische Oppositionelle und maßgebliche Funktionäre iranischer Studentenorganisationen in die Heimat zurückkehrten, gingen die Aktivitäten dieser Organisationen spürbar zurück.

Die sich allmählich abzeichnenden Gegensätze zwischen Anhängern und Gegnern KHOMEINIS, zwischen religiösen, bürgerlichen und von der Macht im Iran bisher ausgeschlossenen linksgerichteten und linksextremistischen Gruppen lassen wieder eine Zunahme extremistischer Aktivitäten von Iranern erwarten.

Die maoistische »Conföderation Iranischer Studenten« (CIS) unterstützte die »Iranische Nationalfront« und wollte über eine Beteiligung der Nationalfront an der Regierung im Iran ihre politischen Forderungen zur Geltung bringen. In ihrem FIS-Info Nr. 9 (Mai 1979) bekannte sich die CIS zur islamischen Republik, die »dem Willen der islamischen Massen und den Zielen ihrer Revolution« gerecht werde. Die CIS wandte sich gegen die orthodox-kommunistischen TUDEH-Gruppen und

bekundete ihre Solidarität mit Afghanen und Palästinensern.

Die sozialrevolutionäre, teilweise auch maoistisch orientierte »Conföderation Iranischer Studenten – National-Union« (CISNU) erhob als Organisation, die maßgeblich zum Sturz des Schah beigetragen habe, Anspruch auf eine Regierungsbeteiligung und forderte den Aufbau einer Volksarmee im Iran. Im September 1979 verteilten Anhänger der CISNU in Kiel Flugblätter der im Iran operierenden maoistischen Guerilla-Organisation »FADA' IYE KHALGHE« über den Unabhängigkeitskampf der Kurden im Iran und ihre Unterstützung durch die kommunistischen Gruppen.

Die islamische Studentengruppe an der Universität Kiel, die der extrem islamischen »Union der Islamischen Studenten-Vereine in Europa« (U.I.S.A.) zuzurechnen ist, warb für die Ziele KHOMEINIs.

Sie forderte ihre Anhänger auf, allen Angriffen auf die iranische Revolutionsregierung entgegenzutreten, und versuchte, auch Anhänger anderer iranischer Studentengruppen für das neue Regime zu gewinnen.

Im Juli letzten Jahres wurde eine Reihe von Fällen bekannt, in denen iranische Studenten – Anhänger KHOMEINIs – gewaltsam gegen angebliche Mitarbeiter des ehemaligen Geheimdienstes SAVAK vorgingen. Auch in Kiel waren zwei iranische Studenten betroffen. Gegen zwei Angehörige der islamischen Studentengruppe wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.

c

Araber/Palästinenser

Die palästinensische Befreiungsorganisation PLO verstärkte ihre propagandistischen Bemühungen, den Auswirkungen des israelischen Friedensvertrages entgegenzuwirken.

Die Aktivitäten der Sektion Kiel der »Generalunion Arabischer Studenten« (GUAS) waren im vergangenen Jahr gering. Ihre Anhänger bekundeten Solidarität mit der iranischen Revolution, von der sie positive Auswirkungen für die eigene revolutionäre Entwicklung erwarten. Sie rechnen mit der Unterstützung KHOMEINIs beim Aufbau eines palästinensischen Staates.

Der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel wurde von der GUAS mißbilligt und als Separatabkommen bezeichnet, das das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes mit Füßen trete. Die arabische Nation werde das Abkommen zu Fall bringen und die Verräter hart bestrafen. Der »Befreiungskampf« müsse weitergeführt werden.

d

Afghaner

Die Ereignisse in Afghanistan spiegelten sich auch in den Aktivitäten afghanischer Studentenorganisationen wider.

Die maoistische »Generalunion Afghanischer Studenten im Ausland« (GUAfS) wies im August 1979 in Kiel auf die »zunehmende Unterdrückung« des afghanischen Volkes hin und rief zu Spenden für »Regimeopfer« auf. Ihr Kampf richtet sich gleichermaßen gegen den »US-Imperialismus« und den »russischen Sozial-Imperialismus«.

Nach einer Spaltung der GUAfS wurde im April 1979 in Hamburg die maoistische »Föderation Afghanischer Studenten im Ausland« (FASA) gegründet, die den »Kampf gegen Imperialismus und Reaktion« fortsetzen will. In ihrem Organ »Afghanistan Tribune« wirbt die Organisation für den »Befreiungskampf des afghanischen Volkes«. In Lübeck rief die FASA zu Spenden zugunsten

von Familien politischer Gefangener in Afghanistan auf.

Für den »Kampf der islamischen Befreiungsbewegung Afghanistans« warb auch in Kiel die extrem islamisch orientierte »Islamische Organisation der Afghanischen Studenten in Europa« (I.A.A.S.). Sie gibt die Schrift »saff« heraus und erklärt sich solidarisch mit der islamischen Revolution im Iran und den Zielen der PLO.

e

Sonstige Nationalitäten

Die Aktivitäten der in Schleswig-Holstein wohnhaften griechischen, italienischen und spanischen orthodoxen und nationalen Kommunisten blieben nach wie vor gering.

Spionageabwehr in Schleswig-Holstein 1979

D

Allgemeines

Auch im Jahre 1979 beschafften die Agenten der Ostblock-Geheimdienste, allen voran die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR mit ihren nachgeordneten Abteilungen in den Bezirksverwaltungen, Informationen, vor allem aus den Bereichen Wirtschaft und Technik, Politik und Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland.

Die DDR-Agenten ernteten dafür am 30. Jahrestag der Gründung des MfS der DDR Lob von höchster Stelle. In einer Grußadresse des Zentralkomitees der SED heißt es: »Das ZK der SED spricht allen Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit ... sowie den mutigen Kundschaftern und Kämpfern an der unsichtbaren Front Dank und Anerkennung aus.« Das Zentralkomitee sei gewiß, daß die Angehörigen des MfS auch weiterhin »in Treue und Ergebenheit gegenüber der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei als sozialistische Patrioten und proletarische Internationalisten unter allen Bedingungen jeden Kampfauftrag ehrenvoll erfüllen werden«.

Damit unterstrich SED-Generalsekretär HONECKER erneut die Bedeutung seiner in der Bundesrepublik Deutschland tätigen Agenten und die Funktion, die er ihnen im »Kampf« der beiden Gesellschaftsordnungen und für den Sieg seiner SED-Diktatur beimißt.

Ostblockspionage in Schleswig-Holstein

a

Umfang und Zielrichtung

Die Zahl der in Schleswig-Holstein bekanntgewordenen Spionagever-

dachtsfälle ist im Jahre 1979 gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig zurückgegangen, was auf ein unverändertes Interesse der Ostblock-Geheimdienste an Vorgängen in diesem Bundesland schließen läßt.

In neun von zehn Fällen gingen die erkannten Spionagetätigkeiten auf das Konto der Nachrichtendienste der DDR. Im übrigen wurden u. a. Tätigkeiten von russischen, polnischen, tschechischen und bulgarischen Nachrichtendiensten festgestellt.

Mit rund 40 % der 1979 geklärten Verdachtsfälle war der Bereich »Wirtschaft und Forschung« im Jahre 1979 Schwerpunkt der Aufklärungsbemühungen von Ostblock-Geheimdiensten, es folgen mit 33 % der Bereich »Politik und Verwaltung« und mit 20 % der Bereich »Verteidigung«.

Auch im Berichtsjahr wurden Erkundungsfahrten der Sowjetischen Militärmission (SMM) in den Landesbereich zur Beschaffung offener militärischer Informationen festgestellt.

b

Werbungs- und Führungsmethoden

Die nachrichtendienstlichen Werbungen und Werbungsversuche erfolgten wie in der Vergangenheit im wesentlichen bei Besuchs- und Geschäftsreisen in den Ostblock, im Zusammenhang mit »Republikflucht« sowie bei Übersiedlungen aus dem Ostblock im Rahmen der Familienzusammenführung. Darüber hinaus wurden vor allem durch den militärischen Nachrichtendienst der DDR auch Briefanbahnungen versucht.

Als Werbemittel dienen vorwiegend materielle Angebote sowie Zusagen, vorzeitig aus DDR-Haft entlassen zu werden oder weiterhin familiäre Kontakte in den Ostblock unterhalten zu dürfen.

Vom Beruf her gesehen boten die angesprochenen Personen ein buntes Bild. Unternehmer, Kaufleute, Ingenieure und Studenten waren ebenso vertreten wie Beamte, Handwerker und Arbeiter.

Von ebenso unterschiedlicher Bedeutung waren die nachrichtendienstlichen Zugänge der Zielpersonen.

Nach wie vor erfolgt die Ausbildung der geworbenen Agenten durchweg im Ostblock. Ihre nachrichtendienstliche Führung wird je nach Bedeutung und Zugang durch Residenten oder Instrukteure im Operationsbereich selbst oder durch Treffreisen in den Ostblock oder das neutrale Ausland sichergestellt.

c

Einzelfälle

Die Werbungsverfahren der DDR-Geheimdienste werden aus folgenden beiden Alltagsfällen deutlich:

c 1

Bereits 1977 hatte der Medizinstudent Robert K. aus Kiel während seines Urlaubs in Rumänien die Bekanntschaft der Magdeburger Jurastudentin Sabine K. gemacht. Die zunächst lose Verbindung in die DDR festigte Robert K. durch mehrere Besuche bei Sabine K. Nach einer erneuten Einreise des Kieler Studenten in die DDR erhielt Sabine K. bei Abwesenheit ihres Gastes den Besuch zweier Herren, die ohne Namensnennung sich als Angehörige des DDR-Innenministeriums vorstellten und um Angaben über Robert K. baten. Weiterhin versuchten sie, die Möglichkeiten einer gemeinsamen Gesprächsrunde zum Austausch von Informationen über Universitäten in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland auszuloten.

c 2

Im Sommer 1979 reiste Werner F. aus Flensburg mit seiner Ehefrau zu

seinen Schwiegereltern in die DDR. Werner F., der als Konstrukteur bei einer Flensburger Werft arbeitete, wurde wenige Tage nach seiner Ankunft in Rostock aufgefordert, sich zu einem Gespräch zur Klärung von Einreiseformalitäten beim Rat der Stadt Rostock einzufinden. Im Rathaus wurde Werner F. durch den Informationsbeamten in ein Büro geleitet, das im Gegensatz zu den Türen der angrenzenden Büros keinen Hinweis auf den dort arbeitenden Beamten oder das dort verwaltete Sachgebiet preisgab. Die ihn begrüßenden zwei Herren stellten sich als Mitarbeiter der »Forschungsgruppe Schiffbau der Rostocker Werft« vor – von Einreiseformalitäten war nicht mehr die Rede – und schlugen dem Schiffbaukonstrukteur Werner F. vor, neben seiner Tätigkeit für die Flensburger Werft auch für die Rostocker Kollegen tätig zu werden. Damit spare man nicht nur Geld, sondern es käme auch ein »für beide Seiten sicherlich interessanter Meinungsaustausch« in Gang. Werner F. legte auf diese Art von Kontakten wenig Wert und machte den Herren klar, daß er nur für seine Flensburger Werft weiterarbeiten werde. Daraufhin drohten die Herren der angeblichen »Forschungsgruppe Schiffbau« mit der Kürzung von Besuchszeiten in der DDR und mit dem Entzug der Privilegien seiner Schwiegereltern, die, obwohl noch nicht im Rentenalter, bereits ihre Tochter in Flensburg besuchen durften.

Beide Fälle zeigen beispielhaft, wie das DDR-Ministerium für Staatssicherheit jeden Kontakt eines Bürgers der DDR mit Besuchern aus dem Westen verfolgt und jede Gelegenheit nutzt, um in zunächst unverbindlichen Gesprächen Westbesucher auf ihre Eignung für eine spätere nachrichtendienstliche Zusammenarbeit zu prüfen.

Durch eine frühzeitige Meldung bei der Spionageabwehr konnten zahlreiche kontaktierte Bürger vor einer nachrichtendienstlichen Verstrickung bewahrt werden.

Die Tätigkeit der Grenzkontrollorgane des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR

Wie in den zwei geschilderten Fällen hat sich schon manch anderer Besucher der DDR und Ostberlins über die Informationen gewundert, die Vertreter des dortigen Regimes über seine beruflichen und privaten Angelegenheiten sowie seine DDR-Kontakte besaßen.

Die Registrierung und Überwachung von Besuchern aus dem Westen gehört seit Jahrzehnten zur Hauptaufgabe der DDR-Behörden. Angehörige des MfS nehmen an allen Grenzübergangsstellen, allen Flug- und Seehäfen der DDR eine lückenlose Registrierung und Ausforschung aller Personen wahr, die als Ein- und Durchreisende das Gebiet der DDR betreten. Schon vor der Einreise hat der DDR-Besucher auf einem Antragsformular u. a. ausführliche Angaben zur Person und Arbeitsstelle, Zweck und Dauer der Reise zu machen.

In umfangreichen Karteien und Suchlisten sammelt das MfS auf diese Weise Hunderttausende von Daten über Einreisende, vor allem aber über Personen, die einen interessanten nachrichtendienstlichen Hintergrund haben. Dies sind z. B. Techniker, Ingenieure, Wissenschaftler und Bürokräfte von Industrieunternehmen der Chemie-, Elektronik-, Datenverarbeitungs-, Kernkraft- und Rüstungsbranche. Aber

auch Angehörige des öffentlichen Dienstes, Mitglieder von Parteien und Verbänden werden registriert. Die gesammelten Daten dienen als Grundlagen für weitere Ermittlungen und eine etwaige spätere nachrichtendienstliche Anwerbung.

Darüber hinaus wird an allen Grenzübergangsstellen der DDR nahezu jedes Reisedokument fotografiert; zudem werden – soweit möglich – auch andere mitgeführte Dokumente wie Gesellenbriefe, Reifezeugnisse, Versicherungsunterlagen und Arbeitszeugnisse kontrolliert und fotografiert. Diese in Archiven der Zentrale des MfS in Ostberlin lagernden Fotografien dienen verschiedenen Zwecken. Mit gefälschten Reisedokumenten, die nach den an den DDR-Grenzübergangsstellen gefertigten Fotografien hergestellt werden, reisen MfS-Agenten als geheime Kuriere zu Treffs in die Bundesrepublik Deutschland. Andere suchen als sogenannte Reiseagenten die Staaten Westeuropas auf, um hier beispielsweise den Bau neuer Industrieanlagen, die Erweiterung von Güterbahnhöfen oder Bundeswehranlagen zu registrieren.

Konnten neben den Reisedokumenten von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland auch persönliche Unterlagen fotografiert werden, so nutzt das MfS bei Bedarf auch die Dokumente zur Herstellung von Fälschungen. Ausgestattet damit schleust das MfS Agenten in die Bundesrepublik Deutschland oder westliche Staaten, in denen dann die Agenten oftmals für Jahre unter der Legende eines ehemaligen DDR-Besuchers leben.

Schwerpunkt Wirtschaftsspionage

Die Aussagen des im Januar 1979 in die Bundesrepublik Deutschland geflüchteten Oberleutnants des MfS Werner STILLER bestätigten die aus der langjährigen Spionageabwehrtätigkeit gewonnenen Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden, daß die Ausspähung wirtschaftlich-technischer Objekte und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland ein Schwerpunkt der Spionagetätigkeit des MfS ist.

Vier von 15 Abteilungen der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS sind mit diesem wichtigen Teil der »Aufklärungstätigkeit« des MfS befaßt. Nach den Aussagen von STILLER muß der Wert der Informationen, die auf diese Weise an die DDR fallen, mit jährlich 300 Millionen DM veranschlagt werden. Diese Informationen werden unverzüglich den einschlägigen Betrieben der DDR-Volkswirtschaft zur Verfügung gestellt, die wiederum als Gegenleistung 10 % des Informationswertes an das MfS zahlen müssen. Mit diesen von den DDR-Betrieben zur Verfügung gestellten Geldern werden dann wieder neue Ausspähaufträge, die geradezu auf Bestellung ausgeführt werden, finanziert.

Vorrangige Ausspähziele sind die Bereiche Elektronik, Datenverarbeitung, Chemie, Kernkrafttechnik und Maschinenbau.

Durch diese organisierte und abgestimmte Zusammenarbeit von Spionage und volkseigener Wirtschaft soll die technisch zurückgebliebene, durch nicht ausreichende Produktivität und hohe Rohstoffeinfuhrkosten gekennzeichnete DDR-Industrie in den Stand gesetzt werden, endlich das seit Jahren verkündete Ziel, die »kapitalistische Wirtschaft« zu überholen, erreichen.

Straffreiheit bei Offenbarung

Der alte Satz »Spionage zahlt sich nicht aus« hat nach wie vor Gültigkeit. Jeder Bürger, der in Spionage verstrickt ist, sollte ernsthaft prüfen, ob es für ihn nicht besser wäre, sich der Spionageabwehrstelle bei einer Verfassungsschutzbehörde zu offenbaren. Die Verfassungsschutzbehörden sind keine Polizeibehörden. Sie sind daher auch nicht verpflichtet, einen Agenten den Strafvollzugsbehörden zu überstellen, wenn er der Spionageabwehr seine Agententätigkeit freiwillig offenbart.

Unter bestimmten Voraussetzungen können zudem die Gerichte von Strafe, der Generalbundesanwalt von der Verfolgung absehen.